

Regionales IKZM



Autoren:

Peter Dehne, Tim Barkmann, Timo Fichtner & Heidrun Hiller



IKZM-Oder Berichte

67 (2010)

Regionales IKZM

Empfehlungen für die Implementierung eines
Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung

von

Peter Dehne, Tim Barkmann, Timo Fichtner & Heidrun Hiller

Hochschule Neubrandenburg
Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg

Neubrandenburg, April 2010

Impressum

Die IKZM-Oder Berichte erscheinen in unregelmäßiger Folge. Sie enthalten Ergebnisse des Projektes IKZM-Oder und der Regionalen Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" sowie Arbeiten mit Bezug zur Odermündungsregion. Die Berichte erscheinen in der Regel ausschließlich als abrufbare und herunterladbare PDF-Files im Internet.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das Projekt "Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder)" wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Nummer 03F0403A gefördert.



Die Regionale Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" stellt eine deutsch-polnische Kooperation mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung dar. Die regionale Agenda 21 ist Träger des integrierten Küstenzonenmanagements und wird durch das Projekt IKZM-Oder unterstützt.



Herausgeber der Zeitschrift:

EUCC – Die Küsten Union Deutschland e.V.
Poststr. 6, 18119 Rostock, <http://www.eucc-d.de/>
Dr. G. Schernewski & N. Stybel

Für den Inhalt des Berichtes sind die Autoren zuständig.

Die IKZM-Oder Berichte sind abrufbar unter <http://ikzm-oder.de/> und <http://www.agenda21-oder.de/>

ISSN 1614-5968

1.	EINLEITUNG	1
2.	PROJEKTHINTERGRUND UND -AKTIVITÄTEN	1
2.1	Generelle Projektziele IKZM-Oder	1
2.2	Ansatz der Module „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“	3
2.3	Vorgehensweise in den Modulen „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“	4
3.	IKZM – EINORDNUNG DES PLANUNGSANSATZES HINSICHTLICH SEINER REGIONALEN IMPLEMENTIERBARKEIT	7
3.1	IKZM als Instrument räumlicher Entwicklung.....	7
3.2	CM-CYCLE und Iteration	8
3.3	Stakeholder und bestehende Strukturen im Küstenraum	10
3.4	Governance im Küstenraum	11
3.5	IKZM – zwischen Raumordnung und Regionalentwicklung.....	12
4.	REGIONALE ANFORDERUNGEN AN IKZM IN DER ODERMÜNDUNG	14
4.1	Die Ausgangslage und Herausforderungen in der Odermündungsregion	14
4.1.1	Sozioökonomische Herausforderungen.....	14
4.1.2	Demographischer Wandel	14
4.1.3	Intraregionale Disparitäten.....	15
4.2	Die Unschärfe des IKZM-Begriffs	15
4.3	Integration bestehender Strukturen und Stakeholder	16
4.4	Grenzüberschreitende Aspekte des IKZM in der Odermündung	17
4.5	Indikatoren im regionalen Kontext	18
4.6	Schlussfolgerungen aus regionalen Anforderungen und Handlungsansätze für die regionalen Analysen.....	18
5.	ANALYSE VON AKTIVITÄTEN IN AUSGEWÄHLTEN HANDLUNGSFELDERN	19
5.1	IKZM Ansätze in Regional- und Fachplanung	19
5.2	Umsetzung IKZM-relevanter Aufgabenbereiche.....	20
5.3	Kommunikation, Kooperation und Partizipation	22
5.4	Nutzung bestehender Netzwerkansätze zum Transport von IKZM	22

5.5 Umweltbildung/Bildung für Nachhaltigkeit	23
5.6 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Odermündung	25
6. ERKENNTNISSE UND EMPFEHLUNGEN	26
6.1 Zusammenfassendes Fazit.....	26
6.1.1 Akteure und Fachplanungen.....	26
6.1.2 Moderation und Konfliktmanagement?	28
6.1.3 Kontinuierlicher, iterativer Ansatz	28
6.1.4 Indikatoren im regionalen Kontext	29
6.1.5 Der Begriff des IKZM?	29
6.1.6 Problemorientierung	30
6.1.7 Ganzheitliche Betrachtung von Land und Meer.....	30
6.2 Empfehlungen für die Implementierung von IKZM in der Odermündung.....	30
6.2.1 Regionalisierung von IKZM.....	32
6.2.2 Empfehlungen für die Fachplanungen.....	32
6.2.3 Wer macht IKZM?.....	33
6.2.4 Vom Projekt zum Prozess	33
6.3 Empfehlungen für erste konkrete Maßnahmen	34
6.3.1 Definieren und Akzentuieren des regionalen Problemportfolios.....	34
6.3.2 Festschreiben des IKZM-Ansatzes als Handlungsmaxime der Fachplanungen und der Raumordnung im Küstenraum.....	34
6.3.3 Verknüpfung und Stärkung bestehender Netzwerke	35
6.3.4 Prüfung der Notwendigkeit und Akzeptanz einer Koordinierungsstelle	35
6.3.5 Stärkung und Verstetigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	36
7. SCHLUSS.....	36

1. Einleitung

Um IKZM in der Realität der deutschen Küstenentwicklung etablieren zu können, ist es unumgänglich die konkreten Umsetzungsgrundlagen für einen regionalen IKZM-Prozess anschaulich zu machen. Dazu gehört die Klärung, wie eine Organisation von IKZM vor Ort aussehen soll, wer den Fortgang des Prozesses sicherstellt und wie die regional betroffenen Akteure in den Ansatz mit eingebunden werden.

Dieser zentrale Bericht bündelt die Aussagen der einzelnen Arbeitspakete zu diesen Fragen und widmet sich der Beantwortung dieser als Vorstufe zur praktischen Umsetzung eines regional auf die Odermündung zugeschnittenen IKZM-Prozesses.

2. Projekthintergrund und -aktivitäten

2.1 Generelle Projektziele IKZM-Oder

Das Projekt „Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder)“ ist mit einer Laufzeit von 2004 – 2010 als nationales Referenzprojekt zur Etablierung des IKZM in deutschen Küstenregionen durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert worden. Dabei unterteilt sich das Gesamtprojekt in drei aufeinander aufbauende Phasen: IKZM-Oder I (Mai 2004 – April 2007), IKZM Oder II (Mai 2007 – Februar 2008) und IKZM Oder III (März 2008 – April 2010).

Das Kernuntersuchungsgebiet des Projektes wurde auf deutscher und polnischer Seite durch die Vereinbarung der Umweltminister im Rahmen der „Regionalen Agenda 21 - Stettiner Haff“ definiert. Entsprechend nahm die Verzahnung des Forschungsansatzes mit dem umsetzungsorientierten Prozess der Regionalen Agenda 21, der bereits vor 2004 in der Region initiiert war, eine Schlüsselstellung innerhalb des gesamten Projektes IKZM-Oder ein. Die Region umfasste somit die Kreise Uecker-Randow und Ostvorpommern, einschließlich der inneren Küstengewässer, also den Ostteil der Planungsregion Vorpommern, sowie das entsprechende Gebiet der Wojewodschaft Westpommern, sofern es um Fragen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit ging. Damit wurde ein landseitiger Bereich, der zwischen 30 - 60 km von der Küstenlinie entfernt liegt, sowie zusätzlich die äußeren Küstengewässer, einschließlich der Pommerschen Bucht berücksichtigt. Der beschriebene Raum wird im Folgenden Odermündungsregion genannt (Abb. 1).

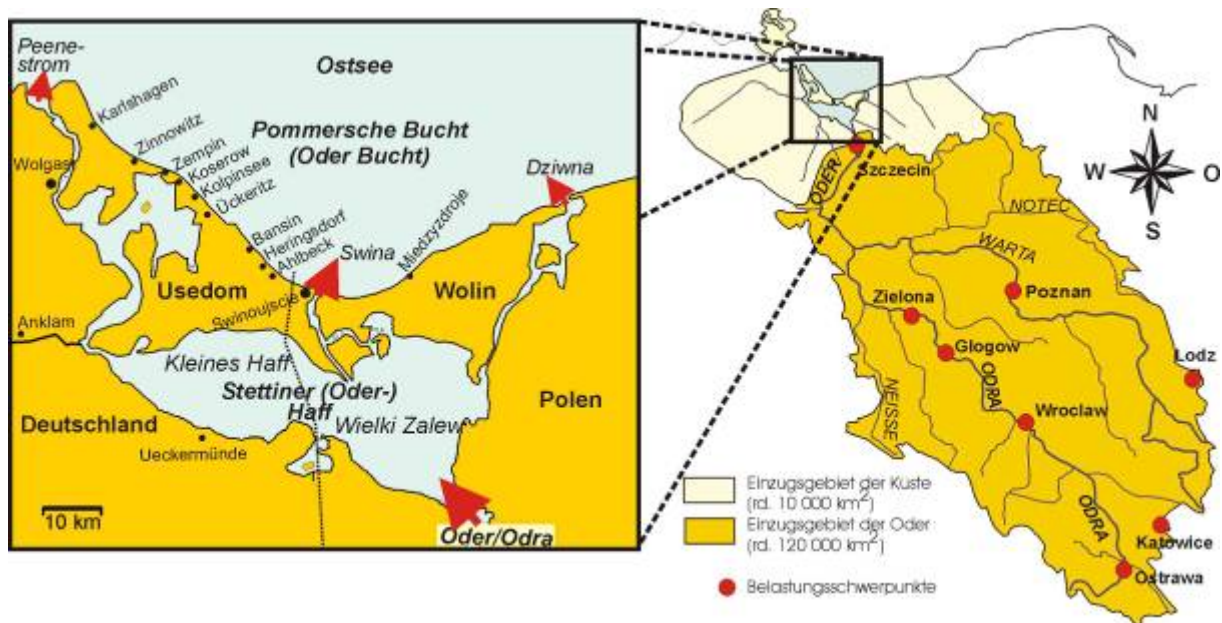


Abb. 1 Das Einzugsgebiet der Oder und die dazugehörige Küstenzone. Der vergrößerte Ausschnitt entspricht in etwa dem Projektraum.

Der nachfolgende Bericht stellt auf die Aktivitäten und Erkenntnisse der jeweiligen Module „Dialoge und regionale Partizipation“ (in IKZM-Oder I) und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“ (in IKZM-Oder II & III) ab, für die die Hochschule Neubrandenburg (zu Projektbeginn noch Fachhochschule Neubrandenburg) die Federführung innehatte. Im Rahmen dieser Forschung wurden durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung als Projektpartner sowohl grenzüberschreitende als auch ausgewählte Fachplanungen untersucht. Die Ergebnisse fließen in diesem Bericht an entsprechender Stelle ein und finden auch in den Schlussfolgerungen und Empfehlungen Beachtung.

Die Notwendigkeit regional verankerter und auf konkrete räumliche Problemlagen und Akteurskonstellationen zugeschnittener Ansätze eines IKZM ist (mittlerweile) unstrittig. Sie ergänzen aus der Bottom-Up-Perspektive die Top-Down-Aktivitäten zur Einführung und Verfestigung des Systemansatzes IKZM und sind wesentlicher Baustein auf einem Weg hin zu seiner Verankerung in der Praxis auf der regionalen und lokalen Ebene. Auch hier stellen die im Rahmen der nationalen Strategie formulierten Grundsätze nachhaltige Entwicklung, Integration, Partizipation und Kommunikation sowie Erfahrungstransfer wesentliche Grundlagen für die künftige Weiterentwicklung des IKZM als Instrument der Küstenentwicklung dar.

Die Odermündungsregion diente als Modellregion und Referenz für die nationalen Empfehlungen und den internationalen Erfahrungsaustausch. Der Modellbegriff hatte in diesem Zusammenhang eine doppelte Funktion. Einerseits war die Region als Modell zu verstehen, an dem regionale Realitäten (Akteursstrukturen, bestehende Kooperationsmuster, Kommunikationsbedarfe, etc.) untersucht und diese mit übergeordneten umweltpolitischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen rückgekoppelt wurden (Bottom up – Top down). Andererseits sollten beispielhaft konkrete Maßnahmen zur Etablierung bzw. Unterstützung eines IKZM-Ansatzes in der Odermündungsregion eruiert werden, wobei auch permanent aktuelle Er-

kenntnisse und Ergebnisse des Gesamtprojektes in die Gestaltung dieser Maßnahmen Eingang fanden.

Für die benannten Module ergaben sich u.a. folgende Fragen:

- Wie kann das Integrierte Küstenzonenmanagement in die vorhandenen regionalen Strukturen, Initiativen und Netzwerke eingebunden werden, ohne (neue) Konkurrenzen aufzubauen?
- Welche Strukturen bzw. deren Anpassung sowie Kommunikations- und Kooperationsformen sind erforderlich, um das Integrierte Küstenzonenmanagement in der Region zu verankern?
- Welchen Beitrag können die Regionale Agenda 21 sowie kommunale, lokale Agenda 21 – Gruppen zur Umsetzung des Integrierten Küstenzonenmanagements leisten?
- In welcher Form erfolgt eine Kommunikation mit und eine Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verbänden? Werden kooperative Steuerungsformen angewendet?
- Welchen Beitrag können Qualifizierungsmaßnahmen wie Training, Coaching und Erfahrungsaustausch zur Verankerung und Umsetzung des IKZM-Gedankens liefern und wie muss dieses Angebot ausgestaltet werden?
- Welche institutionellen Rahmenbedingungen sind sowohl für ein nationales als auch grenzübergreifendes IKZM relevant? Inwieweit setzen diese bereits Governance- bzw. IKZM-Ansätze um?

Ziel des Projektes war es nicht, ein IKZM in der Odermündungsregion umzusetzen, sondern vielmehr, Rahmenbedingungen zu erfassen und Möglichkeiten der Implementierung aufzuzeigen.

2.2 Ansatz der Module „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“

Der Ansatz eines IKZM war zu Beginn der Projektlaufzeit noch in starkem Maße durch Initiativen übergeordneter Ebenen (internationale Organisationen, europäische Ebene, usw.) geprägt. Während der Durchführung von Demonstrationsvorhaben zu einem IKZM in Europa und deren nachfolgender Bewertung in den Jahren 1999 und 2000 wurden allgemeine Prinzipien für ein IKZM entwickelt. Dazu zählen unter anderem die Bedeutung von konsensorientierten, partizipatorischen Planungsprozessen zur Küstenentwicklung sowie die Anpassung an die spezifischen Bedingungen des jeweiligen Gebiets, was auch den Einsatz geeigneter Bewertungstechniken und Indikatoren einschließt. Diesen Prinzipien folgend wurden alle Bausteine innerhalb dieser Projekt-Module darauf gerichtet, die Einführung des IKZM-Ansatzes von übergeordneten Ebenen (Top-down) durch einen problem- und akteursbezogenen Ansatz auf regionaler Ebene (Bottom-up) zu ergänzen. Die Prinzipien und Strategien eines IKZM sollten in den Kontext regionaler Bedingungen eingebracht werden und ihre Anwendbarkeiten so geprüft und weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der Arbeit wurden somit Möglichkeiten zum Transfer des IKZM-Anliegens in die Region – zugeschnitten auf konkrete Konstellationen und Akteure – konzipiert und erprobt. Die Einführung in den regionalen Kontext und dabei gemachte Erfahrungen bezüglich beste-

hender Chancen, Restriktionen und Erfolgsfaktoren eines IKZM-Ansatzes lieferten wesentliche Erkenntnisse zur Ausrichtung des Instruments IKZM, bzw. zu dessen regionalen Implementierungsanforderungen.

Wesentliches Element zur Initiierung und Begleitung dafür notwendiger Diskussions- und Lernprozesse war das vor Ort agierende Regionalmanagement der Regionalen Agenda 21-Stettiner Haff („Regionales Agendabüro Stettiner Haff“), das für das Gesamtprojekt IKZM-Oder die Funktion einer „IKZM-Oder-Transferstelle“ übernahm. Zentrale Aufgabe der Transferstelle war das Organisieren eines Dialogs mit den Stakeholdern der Odermündungsregion, wobei die Nähe zu den konkreten lokalen und regionalen Rahmenbedingungen eines IKZM das entscheidende Element war. Die Regionale Agenda und das Projekt IKZM-Oder verfolgten eine ähnliche Zielstellung: die Ausbildung von Grundlagen zur Etablierung eines nachhaltigen regionalen Entwicklungsprozesses mit Küsten- bzw. Haffbezug in einer Grenzregion. Mit der Regionalen Agenda 21 gab es zu Beginn des Projektes bereits ein von staatlicher Seite mitgetragenes (grenzüberschreitendes) Netzwerk, auf das der Dialogprozess gestützt werden konnte.

So waren insbesondere die lokalen und regionalen Nachhaltigkeitsinitiativen, welche in der Regionalen Agenda eine gemeinsame Plattform fanden, wichtige Dialogpartner zur Diskussion von IKZM-Inhalten. Die Regionale Agenda 21 war zudem die Basis für eine öffentliche Partizipation, welche auch zur Rückkopplung und Evaluation der Projektergebnisse diente¹. Daher wurde in dem Teilprojekt die IKZM-Forschung für die Odermündungsregion mit der Regionalen Agenda modellhaft verbunden und diese Kooperation für den Transfer der projektrelevanten Informationen genutzt. Die Verbindung der Aktivitäten zum IKZM mit der Regionalen Agenda 21 sicherte die Einbindung des Forschungsprojekts in den regionalen Kontext unter Beachtung integrierter Herangehensweisen im Sinne der Agenda 21 und ihrer Leitidee einer nachhaltigen Entwicklung.

2.3 Vorgehensweise in den Modulen „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“

Großes Leitziel der Regionalen Agenda 21 „Stettiner Haff“ ist es, mit Hilfe eines partizipativen Ansatzes, die grenzüberschreitende nachhaltige Entwicklung der definierten Region inklusive ihrer Küstengewässer zu fördern und so die wissenschaftliche Arbeit der anderen IKZM-Partner, bzw. entsprechende Top-Down-Ansätze zu ergänzen.

Das gemeinsame Leitbild diene als Dach aller, die eine nachhaltige Entwicklung der Region voranbringen wollen: „Die Regionale Agenda 21 „Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ ist regional ausgerichtet, grenzüberschreitend und der Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie ist gleichsam Gütesiegel für regionale, grenzüberschreitende und nachhaltige Projekte und Initiativen in der Region. Dabei war es auch immer wichtig die Anknüpfung an vorhandene Strukturen im Blick zu haben und die Identitäten der Region und Teilregionen zu wahren.

Folgende Ziele wurden deshalb gesetzt:

¹ Im Laufe des Projektfortgangs wurden aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen spezielle „Regionale Handouts“ kreiert, die in komprimierter Form Ergebnisse des Forschungsprojektes für Akteure der Odermündungsregion darstellten.

- 1.) Die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung sowie die Sicherung bereits vorhandener Qualitäten dieser Region.
- 2.) Einen grenzüberschreitenden Umweltschutz, denn der sensible Naturraum und die Zweistaatlichkeit der Region erfordern als Schwerpunkt eine binationale Entwicklungszusammenarbeit.
- 3.) Die Etablierung der Region Stettiner Haff als eine Region, der zwei Nationen angehören. Das erfordert eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ein neues Verständnis von einer Region, das nicht an der Staatsgrenze endet.
- 4.) Die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte: Jede(r) ist aufgefordert, an einer positiven und zukunftsfähigen Entwicklung der Region Stettiner Haff mitzuarbeiten und dies nicht allein, sondern gemeinsam zu tun.

Zeitgleich ist das Ziel als Regionale Agenda 21 bei gemeinsamen Veranstaltungen und bei der Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren den Gedanken der Nachhaltigkeit mit einzubinden und zu verankern.

Die Umsetzung der Ziele erfordert somit eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren der verschiedenen Interessengruppen der Region. Nur durch den Bottom-Up-Ansatz kann es gelingen, tatsächlich vorhandene Potenziale und Umsetzungsmöglichkeiten als Entwicklungsgrundlage zu nutzen. Allerdings beschreibt die Regionale Agenda 21 Stettiner Haff keinen Endzustand, sondern hat bewusst einen offenen und dynamischen Charakter. Daher war es möglich ihre Zielstellung weiter zu entwickeln und sie mit neuen Projekten und Initiativen zu ergänzen, die sich im Laufe des Prozesses ergeben haben. Wichtig war dabei vor allem, Konkurrenzen zu vorhandenen Strukturen oder Doppelarbeiten zu vermeiden. Letztendlich ergab sich aus diesen Zielen anfänglich folgende strategische Zielstellung:

- Aufbau und Pflege von arbeitsfähigen Kommunikations- und Koordinationsstrukturen
- Etablierung und Verankerung des Regionalen-Agenda-21-Stettiner-Haff-Prozesses
- Stärkung der Agenda-21-Prozesse auf lokaler Ebene
- Initiierung und Umsetzung von ausgewählten Projekten in prioritären Handlungsfeldern

In Bezug auf das Regionalmanagement bzw. das Agendabüro begann die Arbeit, trotz Vorlauf des Regionalen-Agenda-21-Prozesses gegenüber dem Forschungsprojekt², zeitgleich mit dem Start des Projektes IKZM-Oder. Von daher war zunächst der Aufbau von Arbeitsstrukturen für die „Doppelfunktion“ dieses Regionalmanagements eine Hauptaufgabe. Die Regionale Agenda 21 musste sozusagen für die Transferfunktion „nutzbar“ gemacht werden. Hierfür war eine regionale Verankerung und Akzeptanz sowie ein abgestimmtes Zuständigkeitsprofil des Agendabüros ergänzend und unterstützend zu den vorhandenen Akteursstrukturen Voraussetzung. Deswegen wurde die Prozesssteuerung der Regionalen Agenda 21 neu organisiert und das Agendabüro als Ansprechpartner in der Region etabliert.

Mit der weiteren Entwicklung der Regionalen Agenda 21 veränderten sich die Schwerpunkte der Arbeit der Regionalen Agenda 21. Grund dafür war zum Beispiel das Einstellen der

² Die ersten Schritte in Richtung eines regionalen Nachhaltigkeitsprozesses wurden bereits im Jahr 2000 unternommen. 2002 erfolgte die Unterzeichnung des offiziellen Dokumentes zur „Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen“, in der sich die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern (Polen) zur Unterstützung der regionalen Aktivitäten verpflichteten.

Agendaförderung und das Erkennen neuer Handlungsbedarfe. Wesentliche Handlungsfelder waren nun die Stärkung des Ehrenamtes und die Förderung des grenzübergreifenden Austauschs. Innerhalb beider Handlungsfelder gibt es nun zahlreiche weitere Handlungsfelder, deren Entwicklungslücken es zu schließen gilt, will man die Region Stettiner Haff für die Zukunft rüsten und gegenwärtige Entwicklungsdefizite beseitigen.

Die unmittelbaren Aufgaben für das Team im Agendabüro („Basisarbeit“) gestalteten sich wie folgt:

- Projektberatung für Vereine, Kommunen, Einzelinitiativen: Ein Großteil der Arbeit bestand in der Ideen(weiter)entwicklung für Projekte, Fördermittelberatung und –akquise und Projektantragstellung. Hierbei heißt es vor allem Themen im Sinne der Nachhaltigkeit einzubringen.
- Ideen- und Know-how-Transfer: Wichtig war es gute Ideen aus anderen Regionen mit ähnlichen Problemlagen aufzunehmen und in die Region, über z. B. den Newsletter, zu streuen. So sollen Akteure zum nachhaltigen Handeln motiviert werden. Know-How-Transfer fand über die Teammitarbeiter und das Einbringen ihrer vorherigen Arbeitserfahrungen sowie durch den Kontakt zur Hochschule Neubrandenburg und anderer IKZM-Oder-Partner statt. Dazu gehört auch die Vermittlung von externen Partnern und Experten.
- Lobbyarbeit/Öffentlichkeitsarbeit: Zunehmende Herausforderungen in z. B. Fördermittelakquise und zu wenig Außendarstellung guter Projekte und Initiativen erfordern eine Unterstützung in diesen Bereichen. Das Agendabüro hatte es sich zur Aufgabe gemacht durch eine gezielte Öffentlichkeits- und Imagearbeit bürgerschaftliches Engagement wertschätzend darzustellen. Außerdem konnte das Agendabüro durch seinen Kontakt zu regionalpolitischen Entscheidungsträgern ständig aktuelle Entwicklungen und Bedarfe des dritten Sektors vorbringen.
- Durchführung von Pilotprojekten als Impulsgeber: In Handlungsfeldern, die von Entwicklungsdefiziten geprägt waren, wie Imagetransfer und grenzüberschreitende Vernetzung, konnten Projekte mit Vorbildfunktion angeschoben werden. Die Projekte hatten immer einen stark kooperativen Charakter.
- Vernetzung: Kaum vorhandene NGO-Netzwerkstrukturen in der Region Stettiner Haff erforderten eine ständige Kooperationsförderung und Vernetzung von Akteuren. Durch den umfassenden Überblick des Agendabüros über existierende NGOs und über engagierte Menschen, war auch das Aufgabe des Agendabüros.

Regelmäßig wurden zur Umsetzung der Projektziele Drittmittel eingeworben. Auf deutscher Seite wurden beispielsweise Mittel vom Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und der Förderausschreibung zum Deutsch-Polnischen Jahr 2005/06 (gefördert vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung) sowie auf polnischer Seite vom Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft akquiriert (vgl. Dehne, Fichtner, Hiller, Balfanz 2006, S. 7).

Zu den weiteren Tätigkeiten des Büros gehörten die Transferarbeit und die Bereitstellung von Informationen. Im Besonderen gehörten in diesen Bereich die Durchführung von Agenda-Konferenzen mit deutscher und polnischer Beteiligung und die Herausgaben von Eigenveröffentlichung. Die durchgeführten Aktivitäten dienten gleichermaßen dem Transfer von

IKZM in die Region.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Aufgabenbereich war die Kontaktpflege und die Arbeit in und mit Netzwerken. So wurden vielfältig Kontakte auf beiden Seiten der Grenze gepflegt und auch die Vernetzung beispielsweise über das Umweltbildungsnetzwerk, aber auch über die Leader-LAG befördert. Ebenso waren die lokalen Agenden 21 in den Prozess einbezogen. Ergänzende Aktivitäten stellen beispielsweise die Initiierung von Projekten und die Beteiligung an Vereinsgründungen dar.

3. IKZM – Einordnung des Planungsansatzes hinsichtlich seiner regionalen Implementierbarkeit

3.1 IKZM als Instrument räumlicher Entwicklung

Die Etablierung des IKZM als Instrument der räumlichen Entwicklung steht vor allem seit der EU-Empfehlung von 2002 auf der Agenda der Mitgliedsstaaten. Die Empfehlung zielt darauf ab, IKZM als strategisches Leitbild dauerhaft zu verankern (ABl. EG 2002, L 148: 24ff.). Die Europäische Kommission definiert IKZM als „dynamischen, kontinuierlichen und iterativen Prozess“ zur nachhaltigen Entwicklung der Küstenräume (Europäische Kommission 1999: 16).

Damit wurde zwar ein Rahmen vorgegeben, die operative Konkretisierung musste jedoch in den einzelnen Staaten, den jeweiligen Rahmenbedingungen entsprechend erfolgen. Eine allgemeingültige Definition von IKZM existiert bislang noch nicht. Jedoch gibt es in den planerischen Programmen von Bund und Ländern Festlegungen zur IKZM-Umsetzung, die eine genauere Verortung im System der räumlichen Planung ermöglichen. So wurden im Rahmen des Projektes IKZM-Beschreibungen in Deutschland ausgewertet und mehrere strategische Papiere von Bundesregierung und den Küstenländern zum IKZM analysiert³. Dabei wurde bewusst auf wissenschaftliche Veröffentlichungen verzichtet, um vor allem die Sichtweise der politischen Entscheidungsträger auf das Thema in den Mittelpunkt zu rücken und ein Bild der Umsetzungstendenzen in Deutschland zu zeichnen.

Obwohl sich einige Punkte widersprachen, lassen sich nach Auswertung der bestehenden Aussagen folgende weitgehend übereinstimmende Aspekte festhalten (vgl. Fichtner 2008: 3):

1. Definierte Kernmerkmale:

- IKZM ist ein Prozess.

³ Die Analyse umfasste folgende Dokumente:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Integriertes Küstenzonenmanagement in Deutschland – Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement. Bonn 2006

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Integriertes Küstenzonenmanagement in Schleswig-Holstein. Kiel 2003

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Raumordnungsbericht Küste und Meer. Kiel 2006

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2005

Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Regierungsvertretung Oldenburg): Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer – Stand 2005.

- IKZM ist kontinuierlich, also auf Dauer angelegt und damit zeitlich nicht begrenzt.
- Die räumliche Dimension steht beim IKZM im Vordergrund. Kernaufgabe ist der Umgang mit raumbedeutsamen Aspekten in Küstenzonen.
- IKZM ist informeller Natur, fußt also nicht auf Verfahrens- und Rechtsvorschriften.
- IKZM ist kein eigenständiges Planungsinstrument.

2. Realisierungsprämissen:

- IKZM folgt einem ganzheitlichen Ansatz (sachlich und räumlich).
- Die Integration verschiedenster (sektoraler) Belange soll im IKZM erfolgen.
- Es sollen in die IKZM-Umsetzung alle (relevanten) Akteure einbezogen werden.
- IKZM hat eine starke kommunikative Komponente.
- Hervorgehobene Aufgaben sind Moderation und Konfliktmanagement.

Die in den Dokumenten skizzierten Themenfelder für IKZM-Ansätze sind eher eine offene Sammlung von allen möglichen Inhalten eines IKZM. Das ist insofern folgerichtig, als dass die Aufgaben, die im Profil eines implementierten IKZM-Prozesses letztendlich enthalten sind, sowieso erst durch regionale Schwerpunktsetzungen konkretisiert werden müssen. Die Aufzählung optionaler Einsatzmöglichkeiten besitzt demnach auf der programmatischen Meta-Ebene eher Beispielcharakter.

Essentiell ist jedoch, dass IKZM dazu beitragen soll, „den Küstenbereich als ökologisch intakten und wirtschaftlich prosperierenden Lebensraum für den Menschen zu entwickeln und zu erhalten.“ (Nationale Strategie: 57) So soll IKZM sowohl die ökologischen, als auch die ökonomischen und sozialen Eigenschaften befördern. (Nationale Strategie: 58) Vor diesem Hintergrund scheint es dringend geboten, sich von dem Gedanken zu lösen, dass die Fachplanungen bzw. öffentliche Institutionen ein IKZM umsetzen können. Gerade in Bezug auf die im Küstenraum auftretenden harten (Nutzungs-)Konflikte muss ein Gleichgewicht zwischen ordnungsrechtlichen Belangen und regionalen Entwicklungsaufgaben hergestellt werden.

Eine Sonderstellung in der Auswertung der einbezogenen Papiere nimmt der Bericht zur Nationalen IKZM-Strategie ein. Die Erwartungen an das Dokument gingen vor allem in zwei Richtungen. Einerseits sollte die Strategie die EU-Rahmenvorgaben für den – mehrere Bundesländer umfassenden – deutschen Küstenraum weiter konkretisieren bzw. anpassen und andererseits IKZM-Gestaltungsoptionen für die Küstenregionen abstecken. Im Ergebnis liefert der immer noch gültige Stand der Nationalen Strategie zwar eine ausführliche Bestandsaufnahme zur Situation an den deutschen Küsten, jedoch kaum operationalisierbare Aussagen zur Umsetzung des IKZM.

3.2 CM-CYCLE und Iteration

Über diese, aus deutschen Planungsdokumenten extrahierte Sichtweise eines IKZM hinaus, soll auch der „coastal management policy and program cycle“ (GESAMP: 1996 nach Olsen et.al.: 1999) und die dazu gemachten Ausführungen (Olsen et.al.: 1998) an dieser Stelle herangezogen werden. Dieser Ansatz verdeutlicht den zyklischen (kontinuierlichen und iterativen) Charakter eines Küstenmanagementprozesses wie er auch in der Definition der nationalen Strategie gefordert ist. (Nationale Strategie: 58)

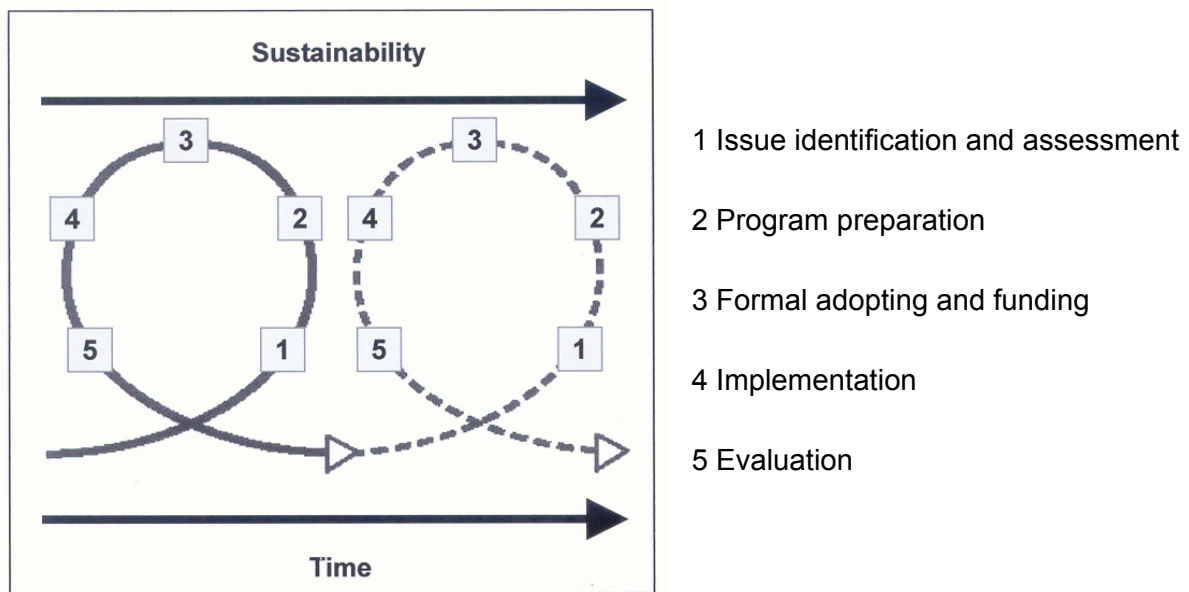


Abb. 2 CM-Cycle (Olsen, Lowry, Tobey 1999: 8)

Wenngleich Olsen et.al. von einer Dauer von 8 bis 15 Jahren auf nationaler Ebene und dem halben Zeitraum auf Modellregionsebene für die erste Generation eines derartigen cycles ausgehen, so bedarf es zur Erreichung höherwertiger Resultate eines bedeutend längeren Zeitraumes und mehrerer Generationen dieser Zyklen. Dieses verdeutlicht, dass IKZM kein kurzfristig etablierbarer Ansatz ist. So entwickelt sich das „coastal management“ sowohl in räumlicher als auch thematischer Hinsicht von anfänglich wenigen Themen in engem territorialen Rahmen hin zu komplexeren thematischen Fragenkreisen mit weiterem räumlichem Umgriff. (vgl. Olsen et.al. 1999: 8 f.)

Dieser iterative Ansatz führt zwangsläufig dazu, dass sowohl für eine Bewertung der dem IKZM zugrunde liegenden Handlungsfelder, als auch für die am Ende eines jeden Zyklus stehende Evaluation, Werkzeuge zur Verfügung stehen müssen. Hierzu wurden im Rahmen des Projektes IKZM-Oder auf einem regionalen Problemportfolio basierende Nachhaltigkeitsindikatoren entwickelt.

Die Identifikation und (Neu-)Bewertung der grundlegenden, den Prozess bedingenden, Problemstellungen stellt für jeden Durchlauf des Kreislaufs bzw. jede neue Generation eines IKZM-Programms die Grundlage dar. (Hoffmann 2008: 23) Daher bilden Nachhaltigkeitsindikatoren eine wichtige Basis für einen IKZM-Prozess, da eine Identifizierung der Problemfelder und deren Bewertung nach Olsen et. al. am Anfang eines jeden CM-Cycles stehen (Phase 1). Indikatoren sind somit für einen CM- oder auch einen IKZM-Prozess von hoher Bedeutung. Daher wurde diesem Themenkomplex im Rahmen von IKZM-Oder mit der Bearbeitung einer Dissertation ein hoher Stellenwert zuerkannt. Dieser Dissertation können zum Thema

Indikatoren umfangreiche Informationen entnommen werden.⁴

3.3 Stakeholder und bestehende Strukturen im Küstenraum

Neben der Betrachtung der – rahmensetzenden – definitorischen Vorgaben übergeordneter Ebenen stellen die regionalen „Wirklichkeiten“ und Anforderungen eine entscheidende Gestaltungsgrundlage dar. Wenn IKZM in deutschen Küstenregionen umgesetzt werden soll, trifft es auf bestehende Strukturen und Konstellationen. In nahezu allen strategischen Aussagen wird die Integrationsfunktion von IKZM als zentrales Element hervorgehoben. Was dies bezüglich der Partizipation der IKZM-Stakeholder bedeuten kann, verdeutlicht nachfolgende Abbildung:

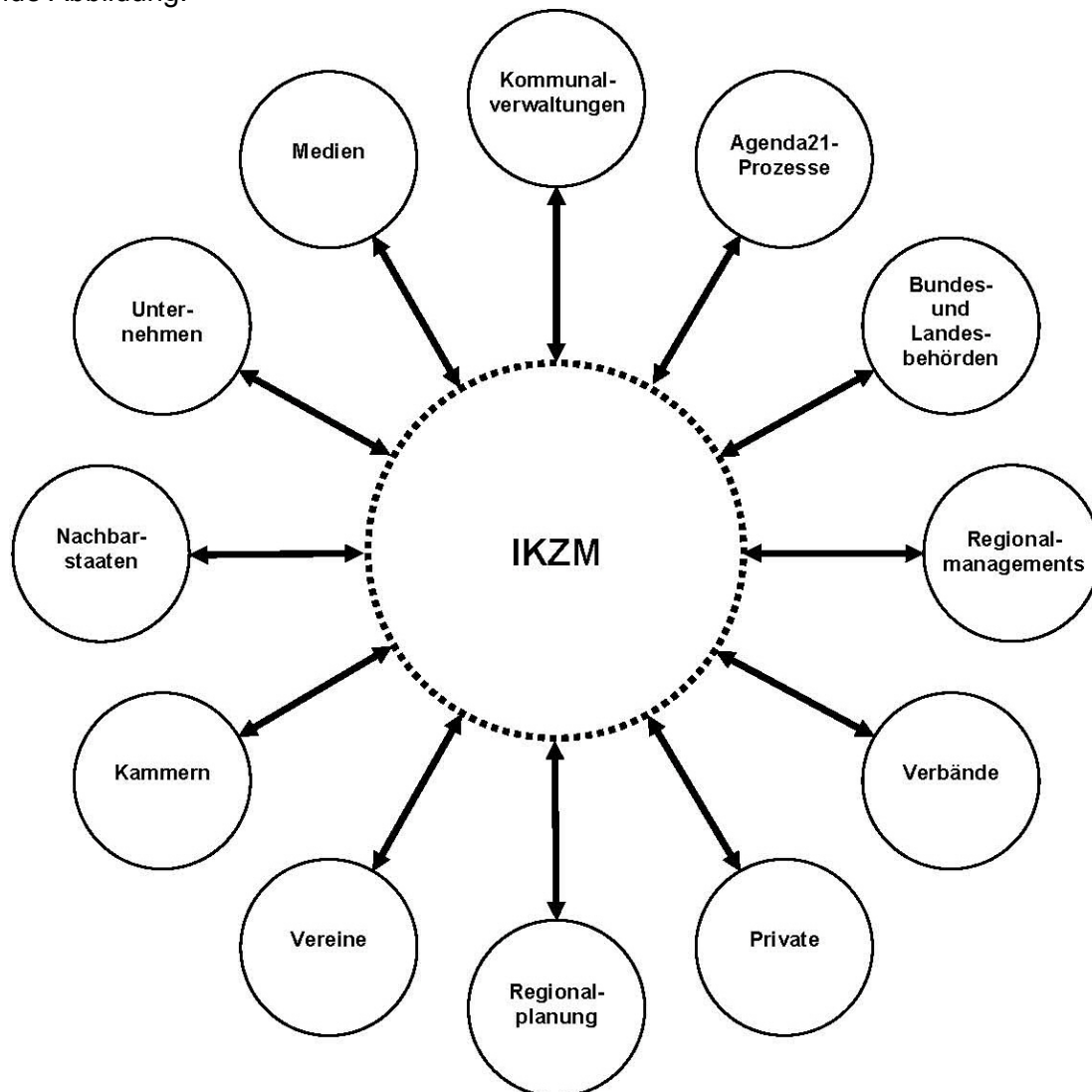


Abb. 3 Beispiele von in ein IKZM einzubeziehenden Akteuren (Abb. Fichtner 2008)

Diese beispielhafte Betrachtung der IKZM-Stakeholdergruppen zeigt die Heterogenität der einzubindenden Akteure (vgl. Dehne, Fichtner: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung 2008: 8):

⁴ Für weitere Informationen in Zusammenhang mit den Indikatoren siehe Hoffmann (2010): Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement auf regionaler Ebene - Das Beispiel der Küsten- und Grenzregion Odermündung

- Die bestehenden Initiativen und Organisationen agieren in ganz unterschiedlichen inhaltlichen und räumlichen Handlungsebenen.
- Es gibt bei den beteiligten Verwaltungen differenzierte Kompetenzausstattungen und Verantwortlichkeiten sowie Hierarchien, die eine Einbindung in einen informellen Prozess erschweren.
- Es existieren verschiedene organisatorische Grundlagen. Die Akteure fungieren als Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen mit professionellem und/oder ehrenamtlichem Personal, welches in sehr unterschiedlichem Maße über Fachkenntnisse verfügt.
- Bezüglich der Küstenentwicklung existieren oftmals ein ganz konträres Problemverständnis und diskrepante Sichtweisen auf Lösungsverfahren.

Es liegt auf der Hand, dass es entsprechend qualifizierter Ansätze bedarf, die Integration all dieser differenten Akteursgruppen erfolgreich zu bewerkstelligen. Die Komplexität des IKZM-Aufgabenprofils zieht umfangreiche Koordinationsansprüche nach sich. Dies erfordert gerade bei der Konzeption eines IKZM die Gestaltung professioneller Arbeitstrukturen, die ein entsprechendes Mandat erlauben. Da es ausdrücklich nicht gewünscht ist, über IKZM neue Strukturen aufzubauen, muss bei der Prozessausgestaltung besonderes Augenmerk auf das Know-How der für die IKZM-Umsetzung Verantwortlichen bezüglich des Umgangs mit den Stakeholdern gelegt werden. Moderative und mediative Kompetenzen scheinen dafür wichtige Parameter zu sein.

3.4 Governance im Küstenraum

Nach den Beschreibungen, mit denen IKZM bislang definiert worden ist, sowie den damit verknüpften Zielen und Grundlagen drängt sich der Gedanke auf, dass es sich beim IKZM letztendlich um nichts anderes als einen im Küstenraum umzusetzenden Regional-Governance-Ansatz handelt. Vor allem zum Regionalmanagement gibt es deutliche Ähnlichkeiten (vgl. Bruns 2006: 63). Governance-Prozesse, die auf keiner Gesetzesgrundlage beruhen (für die es mithin keine festgeschriebenen öffentlich-rechtlichen „Spielregeln“ gibt), basieren auf anderen Erfolgsvoraussetzungen als klassische ordnungspolitische Planungsansätze. Eine hierarchische Situation, die klare Entscheidungsstrukturen und -verantwortungen mit sich bringt, existiert (vordergründig) nicht.

Vor allem der Aspekt der Freiwilligkeit bringt einen anderen zentralen Gestaltungsfaktor in die regionale Entwicklungspolitik – das Konsensprinzip, wonach Entscheidungen im Rahmen der regionalen Selbststeuerung (weitgehend) übereinstimmend erfolgen sollten (oder – in abgewandelter Form – per Mehrheitsprinzip mit Entscheidungsmodi nach einfachen Mehrheiten). Freiwilligkeit als Basis des Prozesses führt auch zu einer neuen Herausforderung für die Prozesskoordination. Die einzubindenden Akteure, die zu einem Großteil nicht-staatlichen Hintergrund besitzen, müssen für eine Mitwirkung erst motiviert und gewonnen werden. Dafür sind Überzeugungsarbeit, Argumente, die die Notwendigkeiten und Vorteile solcher Prozesse für die konkrete Region darstellen, sowie entsprechend angepasste Kommunikationsmethoden notwendig (vgl. auch Dehne, Fichtner: Empfehlungen für die Implementierung eines IKZM in der Odermündungsregion 2008: 10).

Regional Governance selbst stellt noch kein eigentliches Instrument, sondern vielmehr einen regionalbezogenen Politik- bzw. Gestaltungsansatz dar. Als operative Umsetzung lässt sich neben anderen Möglichkeiten das Regionalmanagement charakterisieren (vgl. Diller: Regional Governance by and with Government 2005: 10). Nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Kongruenz zum IKZM (unter Interpretation von Küstenzone als Region) scheint sich das Regionalmanagement als Vergleichsebene anzubieten.

Zwischen den bislang festgehaltenen Aspekten zum Integriertem Küstenzonenmanagement und dem Portfolio des Regionalmanagements zeigen sich bezüglich der Ziele und Aufgaben Gemeinsamkeiten aber auch gewisse Unterschiede. So ist – gemessen an den analysierten Beschreibungen – dem IKZM im Gegensatz zum Regionalmanagement kein so starker entwicklungs- bzw. projektinitiiertender Charakter zuzuschreiben. Vielmehr liegt der Schwerpunkt mehr auf Fragen der Moderation und des Konfliktmanagements (vgl. Tabelle 1).

Gemeinsamkeiten	Unterschiede	
	Regionalmanagement	IKZM
Vernetzung regionaler Akteure als Kernaufgabe Moderation als zentrales Gestaltungsmittel Informeller Hintergrund Ähnliche Voraussetzungen als Erfolgsfaktoren (z. B. regionaler Umsetzungs- und Kooperationswille)	Regionaler Entwicklungsauftrag zumeist im Vordergrund Projektinitiierung als wichtiges Umsetzungsmittel	Nachhaltigkeitsauftrag deutlicher im Vordergrund (Interessenausgleich/ Konfliktmanagement)
	→ pointierter (schwerpunktbezogener) Arbeitsauftrag; Nutzung regionaler Entwicklungspotenziale	→ breit gefächerter Arbeitsauftrag; Ausgleich von Interessen und Konsensschaffung

Tab. 1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Regionalmanagement und IKZM (Quelle: Fichtner 2008)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das IKZM in den strategischen Papieren von Bund und Küstenländern bereits als Handlungsinstrument fixiert ist. Jedoch bleibt weitgehend unklar wie genau ein regional ausgerichteter IKZM-Prozess aussehen kann und soll. Gerade die Betonung der Festlegung, dass es sich beim IKZM nicht um einen (eigenständigen) Planungsansatz handelt, führt in der Ausgestaltungsdiskussion tendenziell zu einem „stiefmütterlichen Andocken“ an die Raumordnung. Die Strategie Schleswig-Holsteins empfiehlt zumindest für regionale IKZM-Umsetzungen die Nutzung von informellen Planungsansätzen wie z. B. Regionalen Entwicklungskonzepten und Regionalmanagements (vgl. Innenministerium Schleswig-Holstein 2003: 24).

3.5 IKZM – zwischen Raumordnung und Regionalentwicklung

Die analysierten Programme weisen, wenn man die formulierten Intentionen in Gänze betrachtet, eine enorme Bandbreite an Auslegungsmöglichkeiten auf. Das Spektrum reicht von der Lesart, dass IKZM lediglich eine übergeordnete Küstenentwicklungspolitik darstellt, bis zur Interpretation, wonach IKZM auf ein Moderationsverfahren für raumordnerische Festlegungen reduziert wird. Kein einziges Papier tendierte in Richtung einer rechtsverbindlichen Institutionalisierung. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der parallel dazu zahlreich disku-

tierten Gesetzesvorschriften und der mehrfach angedeuteten Option zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen interessant. IKZM kann (selbst partiell) nicht die Verantwortung für die Aufstellung gesetzlicher Planwerke, sowohl im Bereich der querschnittsorientierten Raumordnung wie auch bei den Fachplanungen, übernehmen. Dies liegt schon allein in seinem – in allen Papieren betonten – informellen Charakter begründet. Denkbar sind wohl allenfalls Bestimmungen, die eine Wechselbeziehung zwischen Raumplanung und IKZM empfehlen. Sicher besteht auch gerade bei der nachgelagerten Umsetzung bzw. Sicherung vereinbarter IKZM-Ergebnisse eine Einbeziehungsnotwendigkeit rechtsverbindlicher Instrumente.

Gemessen an der Mehrzahl der mit dem IKZM verknüpften Erwartungen, Aufgaben und der mit seiner Entwicklung verfolgten Ziele, erscheint es sinnvoll, IKZM als küstenspezifischen Regional-Governance-Ansatz zu charakterisieren und zu begreifen. Gerade die Heterogenität der einzubindenden Stakeholder spricht für die großen Schnittmengen von IKZM und Regional Governance. Regional Governance besitzt vor allem Bedeutung bei der (nicht-hierarchisch organisierten) Zusammenarbeit von regionalen Akteuren, „deren unterschiedliche Handlungslogiken institutionalisierte Kooperationen erschweren“ (vgl. Fürst 2003: 448). Dies ist auch beim IKZM der Fall.

In der Konsequenz ist dann der wesentliche Kern des Steuerungsverständnisses zum IKZM als regional verankerter und gelenkter Prozess – jenseits einer staatlich-hoheitlichen Planungsinterpretation – aufzufassen. Zentrale Elemente des Ansatzes sind nach dieser Klassifizierung Bausteine wie Information, Moderation, Kommunikation und (weitgehende) Konsensorientierung. Dass solche unverbindlichen Methoden indirekt, z. B. über die Einbindung administrativer Entscheidungsträger, Wechselwirkungen mit verbindlichen Instrumenten entfalten können (und sollen), bleibt davon unbenommen.

Die Frage nach der regionalen Umsetzung (oder besser: Umsetzbarkeit) eines IKZM zielt im Wesentlichen darauf ab, den Gestaltungsansatz in die „regionalen Wirklichkeiten“ einzufügen. Das bedeutet, die bestehenden Strukturen beim IKZM-Design als zentralen Maßstab anzulegen (das schließt eine kritische Bewertung des Status Quo nicht aus) und den regionalen Akteuren den Zugang zur Steuerung des IKZM zu ermöglichen. Voraussetzungen dafür sind einerseits ein Problemverständnis seitens der Akteure und der vorhandene Wille zur Kooperation sowie andererseits eine genaue Analyse konkreter regionaler Bedarfe und Anforderungen. Ein wichtiger Baustein wird es in diesem Zusammenhang sein, Wissensdefizite bei den Stakeholdern zu beseitigen (vgl. Bray 2007: 15).

Doch selbst bei Beachtung dieser grundlegenden Ansprüche wird die Integration regionaler Stakeholder kein Selbstläufer sein. Es braucht im Vorfeld der Umsetzung vor allem einen aktiven Akteur als Prozessmotor, der als „Coach“ bzw. „Kümmerer“ diese Aufgaben wahrnimmt und die (notwendige) Lobbyarbeit für die Realisierung eines regionalen IKZM verrichtet. Voraussetzung dafür ist ein stark regionalbezogenes Engagement sowie ein entsprechendes „Mandat“ der regionalen Schlüsselakteure.

IKZM als Instrument der Küstenentwicklung muss vor allem im regionalen Zusammenhang geschärft und konkret – das heißt problembezogen – ausgerichtet werden. Nur dann ist auch

ein (echter) Dialog mit Stakeholdern bzw. deren Einbindung in einen realen IKZM-Prozess vorstellbar (vgl. Dehne, Fichtner: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung 2008: 4). Bruns führt dazu Folgendes aus: „Nur wenn auch deutlich wird, was konkret IKZM bewegen will und kann, gelingt es auch den Mehrwert, den dieser Managementansatz bietet, herauszustellen. Bislang überwiege die Frage, was IKZM denn eigentlich bringt. Ein weiteres Problem ist in diesem Zusammenhang, dass für die kommunale und/oder regionale Ebene der IKZM-Ansatz sehr abstrakt bleibt. Es fehlt eindeutig eine Operationalisierung der theoretischen Überlegungen.“ (Bruns 2007: 6)

Bezüglich der organisatorisch-strukturellen Verankerungsmöglichkeiten von IKZM besteht bei den grundlegenden Strategien von Bund und Ländern noch Handlungsbedarf. Hier sollten den Küstenregionen detailliertere Gestaltungsoptionen für die IKZM-Umsetzung angeboten werden.

4. Regionale Anforderungen an IKZM in der Odermündung

4.1 Die Ausgangslage und Herausforderungen in der Odermündungsregion

Die Odermündungsregion ist ein Gebiet mit vielfältigen Problemlagen, die die Umsetzung eines IKZM in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Zunächst einmal finden sich unter dem Begriff Küste sehr unterschiedliche Typen wieder. Es gibt neben der Außenküste zur Ostsee an der Pommerschen Bucht, wo eher klassische Küstenentwicklungsanforderungen wie Küsten- und Naturschutz, Tourismuserhaltung, Schifffahrt, etc. zu meistern sind, die Binnenküste entlang des Stettiner Haffs mit differenzierten Aufgabenstellungen wie z. B. nachteiligen sozioökonomischen Tendenzen oder der Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur (vgl. Hoffmann 2007: 18 f.).

4.1.1 Sozioökonomische Herausforderungen

Das unmittelbare Küstenhinterland der Odermündungsregion weist die, für peripher-ländliche Regionen in Ostdeutschland, typischen, großen sozioökonomischen Probleme auf. In der Region ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch, erreicht sogar Höchstwerte für deutsche Verhältnisse.⁵ Dies führt in der Konsequenz dazu, dass das Hauptaugenmerk vieler Akteure in der Odermündung vordergründig der Lösung dieser Fragen wie z. B. durch die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten gilt. So hat sich auch während der Projektumsetzung immer wieder gezeigt, dass es angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region nicht einfach ist, die nachhaltige Entwicklung der Odermündung auf breiterer Basis zu diskutieren, da die umweltrelevanten Themen oftmals durch sozioökonomische überlagert werden bzw. einen (aus Stakeholdersicht) nachrangigen Stellenwert einnehmen. Damit steht für ein IKZM Odermündung die Frage der Auseinandersetzung mit solchen Fragen schon allein aus Legitimationsgründen im Raum.

4.1.2 Demographischer Wandel

Ein weiterer Aspekt ist der immer deutlicher zutage tretende Demographische Wandel mit seinen negativen Folgen für die kommunale und regionale Entwicklung und die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand (was in der Konsequenz auch wieder Rückwirkungen auf

⁵ So betrug die Erwerbslosenquote für den Landkreis Uecker-Randow im Jahr 2006 beispielsweise 27,2%.

eine mögliche IKZM-Umsetzung bedeutet). Insbesondere auf der deutschen Seite findet ein starker demographischer Umbruch wie er ebenfalls für ländliche Gegenden im Osten Deutschlands typisch ist statt. Er ist einerseits durch die Abwanderung vor allem jüngerer Menschen mit besserem Ausbildungshintergrund („brain drain“) und dem daraus erwachsenen Fachkräftemangel und andererseits der Überalterung der Gesellschaft durch das negative natürliche Bevölkerungssaldo geprägt.⁶

4.1.3 Intraregionale Disparitäten

Diese – vordergründig erst einmal nicht küstenspezifischen – Problemlagen haben durch ausgeprägte Hinterland-Küste-Wechselwirkungen Bedeutung für die räumliche Entwicklung der eigentlichen Küstenzone in der Odermündung. So findet sich beispielsweise der Tourismussektor in regionalen Konzepten und Strategien als eine der Hauptchancen zur Verbesserung der ökonomischen Situation wieder. Der Aufkommensschwerpunkt ist aber vor allem an der Außenküste zur Ostsee festzustellen, während die Urlauberzahlen für das Hinterland deutlich geringer ausfallen (vgl. Steingrube, Scheibe, Feilbach 2004: 40). Diese unterschiedliche Gewichtung dürfte auch in der näheren Zukunft so anhalten. Entsprechend hoch ist die Bedeutung der (Außen-)Küste für die Entwicklung der Gesamtregion im Tourismusbereich.

4.2 Die Unschärfe des IKZM-Begriffs

Neben diesen sozioökonomischen Parametern gibt es für IKZM-Prozesse auch Realisierungsschwierigkeiten, die aus den bislang vorliegenden Gestaltungsgrundlagen – gerade was das in den theoretischen Beschreibungen sehr breite Aufgabenspektrum betrifft – resultieren. Als problematisch hat sich während der regionalen Arbeiten des Projektes – gerade im Dialog mit den Stakeholdern – der Begriff des Integrierten Küstenzonenmanagements selbst gezeigt. Einerseits war der Ansatz des IKZM bei den potenziellen Stakeholdern in der Region kaum bekannt⁷. Andererseits wurden von Akteuren, denen der Ansatz bekannt war, ganz unterschiedliche Erwartungen und Umsetzungsprämissen an IKZM geknüpft. Gerade zu Beginn der Projektlaufzeit war das Thema IKZM in der Region nahezu unbekannt bzw. waren die Prozessverständnisse diesbezüglich sehr unterschiedlich (vgl. auch Dehne, Fichtner: Empfehlungen für die Implementierung eines IKZM in der Odermündungsregion. 2008: 4). Die grundlegenden Schwierigkeiten, die die derzeitigen Beschreibungen zum IKZM mit sich bringen, haben auch Untersuchungen auf nationaler und europäischer Ebene aufgezeigt. So diagnostizierten Wissenschaftler des GKSS Forschungszentrums in Geesthacht eine generelle große Unwissenheit bzw. Nichtbeachtung gegenüber IKZM (vgl. Bray et al. 2007: 13), wurde IKZM-Strategien in Europa ungenügende „practical operational relevance“ attestiert (Firn et al. 2000: 7) und ergab die Auswertung einer Umfrage von 2007 unter Fachleuten zu den IKZM-Perspektiven in Deutschland, dass sich der politische Gestaltungsprozess „noch im Anfangsstadium befindet“ (Bruns 2007: 5). Bei einer Untersuchung von IKZM-relevanten Themenfeldern hat sich auch nach fünfjähriger Projektlaufzeit und drei Jahre nach Erscheinen der Nationalen Strategie kaum ein anderes Bild ergeben. Einem Großteil

⁶ Der Bevölkerungsverlust im Jahr 2006 gegenüber 1990 betrug im Landkreis Uecker-Randow 20.309 Personen, das entspricht etwa 21 %. Im Landkreis Ostvorpommern betrug der Rückgang 11.205 Personen, das entspricht 9,3 %. (Datengrundlage: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2007). Wengleich sich das Absinken der Einwohnerzahlen verringert hat, ist die Tendenz auch in den zurückliegenden Jahren klar zu verzeichnen.

⁷ So gaben bei einer schriftlichen Umfrage der Hochschule Neubrandenburg zwischen IKZM-relevanten Akteuren der Odermündungsregion im Jahr 2006 fast 60% der Befragten an, Ansatz und Zielstellung des IKZM nicht zu kennen.

der befragten Personen war IKZM kein Begriff und, sofern IKZM bekannt war, trat das Problem der nach wie vor ungeklärten Bedeutung des IKZM für die Stakeholder deutlich hervor.

4.3 Integration bestehender Strukturen und Stakeholder

Bei der Betrachtung von regional agierenden Stakeholdern in der Odermündung (also Akteuren, die bereits dauerhaft überörtliche Entwicklungsaufgaben wahrnehmen) zeigt sich die Schwierigkeit, ein gesamtregionales Management, das die unterschiedlichen IKZM-relevanten fachlichen und inhaltlichen Belange integriert, zu kreieren.

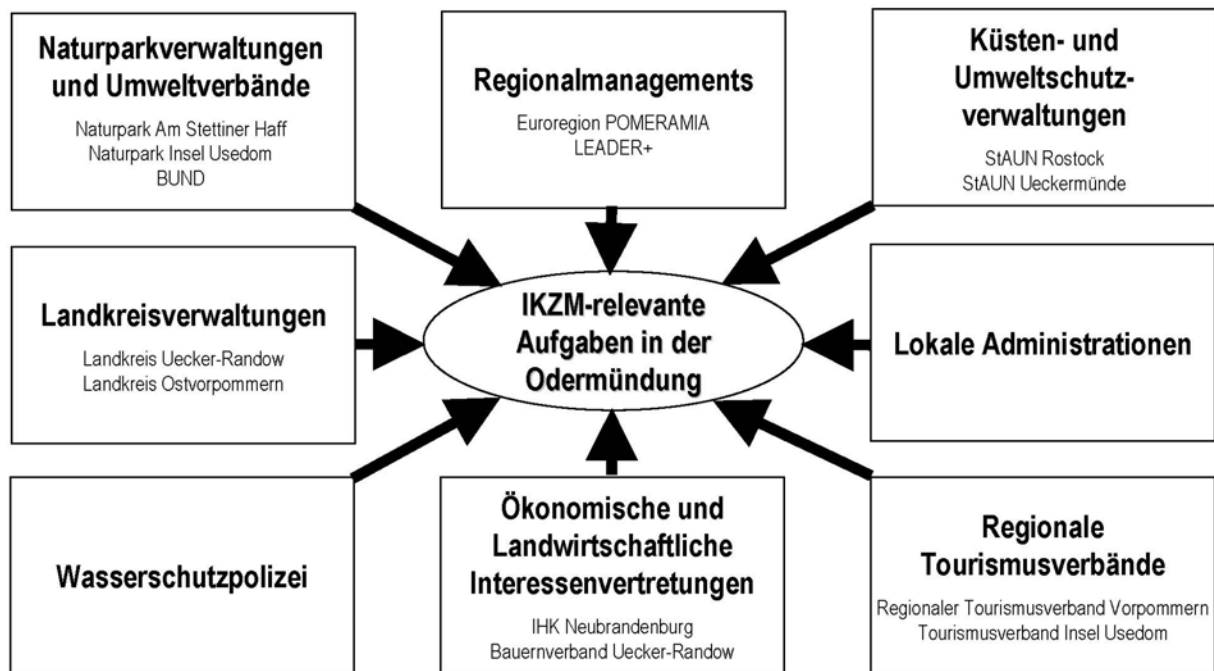


Abb. 4 Beispiele regional agierender Akteure mit IKZM-Bezug in der Odermündung im Jahr 2007 (eigene Darstellung)

Die – exemplarisch – dargestellten Akteure nehmen bereits alle in unterschiedlichem Maße (Teil-)Aufgaben eines IKZM wahr bzw. beeinflussen die potenzielle Verwirklichung eines IKZM-Prozesses. Dabei ergibt sich durch die große Bandbreite dieser Akteure eine ganze Reihe von Schwierigkeiten für die Implementierung eines IKZM Odermündung:

- Die bestehenden Initiativen und Organisationen agieren in ganz unterschiedlichen räumlichen Handlungsebenen.
- Es gibt bei den beteiligten Verwaltungen differenzierte Kompetenzausstattungen und Verantwortlichkeiten sowie Hierarchien, die eine Einbindung in einen informellen Prozess erschweren.
- Es existieren verschiedene organisatorische Grundlagen. Die Akteure fungieren als Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen mit professionellem und/oder ehrenamtlichem Personal, welches in sehr unterschiedlichem Maße über Fachkenntnis verfügt. Bezüglich der Küstenentwicklung existiert oftmals ein ganz konträres Problemverständnis (z. B. zwischen Umweltschutz- und Wirtschaftsvertretern).

Es liegt auf der Hand, dass – insbesondere, wenn man die konkreten lokalen Problemlagen mitbetrachtet – ein Integrationsansatz, der alle auf der theoretischen Ebene dem IKZM zugeordneten Handlungsbereiche in einen Küstenmanagementprozess für die Odermündung aufnehmen wollte, deutlich überfrachtet und ineffektiv wäre. Eine aufgabenreduzierte und problemfokussierte Anpassung bleibt für eine Umsetzung in der Odermündungsregion unerlässlich.

4.4 Grenzüberschreitende Aspekte des IKZM in der Odermündung

Während bisherige Problemlagen auch auf eine Vielzahl von Regionen zutreffen können, so ist der Aspekt der grenzüberschreitenden Betrachtung des IKZM, wenn auch auf andere deutsche Grenzräume anwendbar, ein spezifischer Aspekt der Odermündungsregion. Daher wird die Frage nach der Gestaltung eines möglichen IKZM in der Odermündung zwangsläufig durch die in der Region verlaufende Staatsgrenze und die damit einhergehenden grenzüberschreitenden Aspekte für die Steuerung räumlicher Entwicklungsprozesse beeinflusst. Gemeinsame deutsch-polnische Regionalentwicklungsansätze für die Odermündung gab es in den zurück liegenden Jahren kaum. Als wichtigste Beispiele sind vor allem die Euroregion POMERANIA und die Regionale Agenda 21 Stettiner Haff zu erwähnen. Darüber hinaus fand die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bislang vor allem projektbezogen oder auf lokaler Ebene statt.

Grundlagen, die eine grenzüberschreitende räumliche Planung ermöglichen würden, existieren aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten auf den Planungsebenen in Deutschland und Polen sowie dem Fehlen einer das Odermündungsgebiet umfassenden Gesamtplanung auf polnischer Seite neben den nicht ausreichenden rechtlichen Voraussetzungen bislang nicht (vgl. Konieczny 2005: 43). Eher skeptisch muss auch der Einsatz eines Europäischen Verbundes für die territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zur Umsetzung eines komplexen IKZM-Ansatzes beurteilt werden. Die Einrichtung eines EVTZ ist nicht nur wegen des erheblichen Aufwandes nur dann zu empfehlen, wenn bisherige rechtliche Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit voll ausgeschöpft werden und ein fehlender verbindlicher Rechtsrahmen die Kooperation behindert. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn bei fortgeschrittener Kooperation konkrete Vorhaben gemeinsam umgesetzt werden sollen. Ansonsten kann eine solch neu geschaffene Organisationsstruktur nur schwer mit Leben gefüllt werden. Es scheint gegenwärtig eher unwahrscheinlich zu sein, dass solche klaren Zielsetzungen im Angesicht unterschiedlicher Planungskulturen in Deutschland und Polen und gerade beim – definitorisch noch schwer zu fassenden – Thema IKZM gelingen. Ein klarer (teilräumlicher) Handlungsauftrag für ein IKZM wäre dafür zunächst notwendig. Eine Option könnte es sein, den EVTZ zur Umsetzung einzelner Fachpolitiken einzusetzen und somit vor allem explizit grenzübergreifende Bausteine eines IKZM effizient abzudecken (vgl. Fichtner, Knippschild 2009: 9).

Neue Tendenzen hinsichtlich einer stärkeren Intensität der gemeinschaftlichen deutsch-polnischen Gestaltung der Region zeichnen sich jedoch infolge des vor 4 Jahren erfolgten EU-Beitritts Polens und der seit Anfang des Jahres 2008 vollzogenen Umsetzung des Schengener Abkommens in Polen ab. Gerade weil IKZM auf informelle Strukturen und Prozesse zurückgreifen soll, ist ein konstruktiver Umgang mit den Grenzeffekten unabdingbar bzw. Erfolgsvoraussetzung für einen grenzübergreifenden IKZM-Ansatz.

4.5 Indikatoren im regionalen Kontext

Ein regionaler IKZM-Ansatz und -Prozess erfordert auch regional nutzbare Indikatoren, um die für den Prozess notwendigen Grundlagen und Bewertungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Da Untersuchungen gezeigt haben, dass es gerade auf lokaler und regionaler Ebene Defizite bei der Anwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren gibt (vgl. hierzu Heiland et al. 2003; Gehrlein & Krug 2001), wurde bei der Entwicklung des Indikatorensets auf verschiedenen Wegen die regionale Perspektive eingebunden, um diese Defizite bei der praktischen Anwendung der Indikatoren abzumildern bzw. aufzuheben. Beigetragen haben dazu vor allem:

- die Orientierung an Problemlagen, die in der Region als relevant anerkannt werden,
- die Einbeziehung regionaler Dokumente, um so den bestehenden regionalen Konsens bezüglich Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten aufzugreifen und an diesen anzuschließen,
- die Beteiligung von Experten zu einzelnen regionalen Handlungsfeldern (deren Kompetenz bzw. Expertenstatus auch das Wissen um Möglichkeiten der Anbindung an die regionale Praxis einschließt),
- die Umsetzung der obigen Einschätzungen in zwei der angewandten Auswahlkriterien:
 - o Auswahlkriterium „regionale Beeinflussbarkeit“: Auf der Ebene der Region Odermündung kann Einfluss auf die Entwicklung des durch den Indikator beschriebenen Zustands genommen werden. Eine Anknüpfung an regionale Steuerungsinstrumente ist möglich.
 - o Auswahlkriterium „Datenverfügbarkeit“: Die für die Darstellung des Indikators notwendigen Daten sind aktuell leicht verfügbar. Die notwendige Qualität, Quantität und Periodizität der Daten ist gegeben.“ (Hoffmann (a) 2010)

Die Betrachtung des Indikatorensets vor dem Hintergrund der Anbindung an regionale Planungs- und Steuerungsinstrumente zeigt, dass allen Indikatoren Anknüpfungspunkte an diese Instrumente zugeordnet werden können. Zudem zeigt sich, dass entsprechende, den Indikatoren zugeordnete Aktivitäten durch ein Akteurspektrum durchgeführt wird, das sich von der kommunalen über die Kreis- und Planungsregionsebene bis hin zur Landesebene erstreckt. Dieser Akteurskreis wird durch Wirtschaftsakteure erweitert. Wenn diese Aktivitäten auch keinen direkten IKZM Bezug haben, so bilden sie doch Anknüpfungspunkte für ein IKZM. (vgl. Hoffmann (a) 2010)⁸

4.6 Schlussfolgerungen aus regionalen Anforderungen und Handlungsansätze für die regionalen Analysen

Da festgestellt wurde, dass Fachplanungen einen wesentlichen Anteil an in der Region bereits behandelten IKZM-relevanten Fragestellungen bearbeiten, erfolgte eine Analyse ausgewählter Fachplanungen. Hierbei lag das Augenmerk darauf, inwieweit bereits IKZM-relevantes Handeln vorliegt. Darüber hinaus erfolgte auch eine vom Problemportfolio ausge-

⁸ Nähere Informationen entnehmen Sie bitte Hoffmann (2010): Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement auf regionaler Ebene.

hende Betrachtung ausgewählter Themenkomplexe. In diesen Zusammenhängen wurde zudem der Bekanntheitsgrad von IKZM in der Region ermittelt.

Da sozioökonomische Belange in der regionalen Wahrnehmung einen hohen Stellenwert besitzen, muss ein Augenmerk auf bestehende Netzwerke und regionale Ansätze bürgerschaftlichen Engagements und Stärkung der Zivilgesellschaft liegen. Von ähnlicher Bedeutung ist angesichts bereits bestehender Verknüpfungen, aber auch für die zukünftige Entwicklung die Betrachtung der grenzüberschreitenden Belange in der Region. Daher werden nachfolgend die entsprechenden Analysen und Ergebnisse des Forschungsprojektes komprimiert dargestellt.

5. Analyse von Aktivitäten in ausgewählten Handlungsfeldern

5.1 IKZM Ansätze in Regional- und Fachplanung

Eine Analyse ausgewählter Fachplanungen und der regionalen Raumordnung hat ergeben, dass es bereits eine Vielzahl von Überschneidungen in den Tätigkeitsbereichen gibt. Mittels Dokumentenanalyse und Expertengesprächen wurden schwerpunktmäßig die Fachplanungen der Bereiche Wasserwirtschaft und Natur- und Landschaftsschutz als im Küstenraum und für IKZM wesentlich untersucht. So konnte herausgearbeitet werden, dass die Erstellung der Fachpläne weitgehend IKZM-Grundsätzen folgt. Die Fachplanungen streben an, ihre Planungsprozesse im Dialog mit allen relevanten Akteuren anzustimmen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden transparent und unter frühzeitiger Einbeziehung der Öffentlichkeit abgewickelt, wobei eine gute Dokumentation der Arbeitsschritte und Informationsbereitstellung für jeden Interessierten bereitgestellt wird.

In der regionalen Raumordnung bzw. im regionalen Raumentwicklungsprogramm als abstimmemdem Plan der Fachplanungen taucht der Begriff IKZM nicht auf. Der Ansatz der Erstellung des Programms ist jedoch sowohl integrativ als auch koordinierend, wobei es bei der Planaufstellung lediglich den formalen Weg der Stellungnahmen gibt. Auch gibt es, anders als bei der Erarbeitung von Fachplänen, bei welchen versucht wird in Arbeitskreisstrukturen Konfliktpotenziale zu identifizieren und abzubauen, kaum Kontakt zwischen Raum- und Fachplanung bei der Planaufstellung.

Hinsichtlich des Abwägungsprozesses des Regionalen Raumentwicklungsprogramms können sowohl die Öffentlichkeit, als auch die Fachplanungen Stellung zu den Entwürfen nehmen, jedoch findet die Abwägung in einem internen Prozess statt. Eine frühere und umfassendere Einbeziehung der Öffentlichkeit und eine stärkere Informalität wird seitens der Raumplanung als problematisch angesehen, da so keine ernststen Konflikte gelöst werden könnten und das Verfahren nicht in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen abgeschlossen werden könne. Jedoch werden durch die Fachplanungen gerade die fehlende Integration und die starke Formalisierung kritisiert. Bei der, aufgrund von EU-Vorschriften auch grenzüberschreitenden Abstimmung im Rahmen der Planaufstellung, sind bislang, beispielsweise aufgrund wechselnden Personals, Defizite zu verzeichnen.

Für die analysierten Fachplanungen kann festgestellt werden, dass innerhalb dieser bereits eine Beachtung von IKZM Grundsätzen besteht. Dieses bezieht sich auf die Bereiche Inter-

disziplinarität und sektorübergreifende Zusammenarbeit ebenso wie auch auf die Öffentlichkeitsbeteiligung, die Einbeziehung relevanter Akteure und eine breit ausgelegte Informationsbeschaffung bei der Identifizierung von Konfliktpotenzialen. Jedoch muss attestiert werden, dass zwischen den einzelnen Fachplanungen und mitunter selbst innerhalb eines Amtes zwischen einzelnen Abteilungen Kommunikationsdefizite ausgemacht werden können. So findet eine fachplanungsübergreifende Abstimmung und entsprechendes Handeln über die jeweiligen fachlichen Schwerpunkte und die Abstimmungsbelange der Fachplanungen in der Regionalplanung hinaus kaum statt. Wegen des zunehmenden Personalabbaus und der Zusammenlegung von Behörden und Ämtern ist sogar bereits ein Rückgang von Beteiligungsverfahren wie beispielsweise der vormals üblichen Grabenschauen festzustellen.

Der bestehende Mangel der einheitlichen Betrachtung der Küstenzone als funktional zusammenhängendem Raum von Land und Meerseite ist auf oftmals differierende Zuständigkeiten zurückzuführen. Auch in der Regionalplanung ist eine einheitliche Planung der land- und seeseitigen Bereiche der Küstenzone wie sie ein IKZM vorsieht nicht vorhanden, da die Zuständigkeit der Regionalen Planungsverbände in der Regel an der Mittelwasserlinie der Küstengewässer endet. (vgl. Wenk 2005: 69)

5.2 Umsetzung IKZM-relevanter Aufgabenbereiche

Aus der Heterogenität der regionalen Stakeholder und auch der Vielfalt konfligierender Themen wurden neben der Analyse der Fachplanungen auch vorhandene Ansätze für IKZM mittels einer thematischen Analyse betrachtet.

Die Themenauswahl beruht auf dem durch Hoffmann (vgl. Hoffmann 2007, 2008) erstellten Problemportfolio und der Prämisse, dass für ein regionales IKZM konkrete regionale Probleme und Zielstellungen aufgegriffen werden müssen (vgl. Dehne, Fichtner 2008). Die Auswahl fiel daher auf die nachfolgenden Themen, zu denen mit verschiedenen regionalen Stakeholdern aus Fach- und Regionalplanung, aber auch privatwirtschaftlichen Akteuren Gespräche geführt wurden.

- Die Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom
- Die Marina-Standortplanung an der Außenküste der Insel Usedom
- Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
- Die Aufstellung von FFH-Managementplänen

Bei einer Analyse der Themenfelder wird deutlich, dass es sich um zwei verschiedene Gruppen handelt, woraus unterschiedliche Konsequenzen erwachsen. Hierbei handelt es sich einerseits um Themen, die auf EU-Richtlinien und deren Umsetzung basieren und andererseits um lokale Herausforderungen.

Der erste Themenbereich umfasst die Themen Wasserrahmenrichtlinie und FFH-Managementplanung. Diese werden auf europäische Veranlassung hin umgesetzt und unterliegen somit aufgrund von Richtlinien und deren Umsetzung in deutsches Recht entsprechenden Vorschriften und Anweisungen. Zudem läuft auch die konkrete regionale Umsetzung sehr behördenzentriert.

Auch der Handlungsrahmen ergibt sich aus europäischen Richtlinien und einer daraus resul-

tierenden Umsetzungsverpflichtung, die im Falle der WRRL sogar die Umsetzungszeiträume determiniert. In der Folge ergibt sich für die bereits durch den Gesetzgeber zum Teil im entsprechenden Managementleitfaden für Natura 2000 Gebiete und der WRRL vorgegebenen Stakeholder eine Handlungsverpflichtung. Zudem gibt der Gesetzgeber für die FFH-Managementplanung den Konsens als Ziel vor. Bei beiden Themen besteht bei der Umsetzung bereits ein Handeln im Sinne von IKZM. Prozesse und Planungen werden aufeinander, nach Möglichkeit konsensual abgestimmt und laufend überwacht. Im Falle der WRRL ist der Prozess sogar iterativ, so dass dieser nach einmaligem Durchlaufen der Phasen nicht zum Erliegen kommt, sondern sich nach der Evaluation in einem nächsten Zyklus wiederholt.

Die Stakeholder setzen sich aus überwiegend öffentlichen Akteuren und einer Zahl direkt betroffener Personen zusammen, mit denen einzelne Belange des jeweiligen Managementplanes verhandelt werden. Jedoch ist der Konsens, wenn auch erwünscht, nicht unbedingt erforderlich, was die Durchsetzung strittiger Punkte von Amts wegen ermöglicht. Des Weiteren existieren im Besonderen bei der Wasserrahmenrichtlinie Zielvorgaben und Fristen, von denen nur unter bestimmten Voraussetzungen abgewichen werden darf.

Die Themen Trinkwasserversorgung und Marina-Standortplanung sind demgegenüber durch lokales Interesse und Handeln, sowie durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Interessen geprägt. Auch zeichnen sich diese Problemfelder durch hohe lokale Relevanz und harte Nutzungskonflikte aus. Da bei diesen Themen keine Vorgaben bestehen, wer aktiv an den Kommunikationsprozessen teilnimmt, ergibt sich ein Teil der Akteure aus den sachlichen Zusammenhängen. Verglichen mit den ersten Themen rekrutiert sich ein nicht unerheblicher Teil des Akteurskreises daher aus Wirtschaftsakteuren, Lokalpolitikern und Bürgern der betroffenen Region. Da diese an keine amtlichen Weisungen gebunden und lediglich im eigenen Interesse handeln, folgt daraus eine große Zahl unterschiedlicher Positionen und Interessenlagen, die in einem konstruktiven Dialog abgestimmt und gegeneinander abgewogen werden müssen. Wie beobachtet wurde, werden die Positionen mitunter vehement vertreten, was einen Konsens erschwert oder sogar verhindert.

Die für die Europäischen Themen vorgegebene Verpflichtung des Konsenses existiert für diese Themen nicht und so überwiegen klare Interessenlagen der einzelnen Beteiligten sowohl im privatwirtschaftlichen Bereich als auch bei betroffenen Gemeinden. Es wurde im Rahmen der Untersuchung deutlich, dass beispielsweise die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden einen hohen Stellenwert einnimmt und ein hoher zwischengemeindlicher Konkurrenzkampf auf der untersuchten Insel Usedom herrscht. Dieses führt soweit, dass grundsätzlich erwünschte Vorhaben wie eine Marina an der Außenküste aufgrund gegenseitiger und auch gemeindeinterner Interessenskonflikte nicht umgesetzt werden können und für Investoren keine Planungssicherheit hergestellt werden kann. Auch dieser Punkt verdeutlicht den Konfliktreichtum, der sich aus dem sehr weitgesteckten Rahmen für ein regionales IKZM ergeben kann. Da weder Zielvorgaben oder Zeitrahmen wie bei den erstgenannten Themen existieren, noch die Verpflichtung besteht, ein konkretes Ziel zu erreichen, ist konsensuales Handeln nicht festzustellen.⁹

⁹ weiterführende Informationen siehe Barkmann (2010): Auf der Suche nach Kommunikation und Kooperation

Aus den Analysen ergibt sich weiter, dass Kommunikation, Kooperation und Partizipation wichtige Grundlagen für lokale und regionale Problemlösungsprozesse vor dem Hintergrund von IKZM sind. Daher wurde die Analyse der Themen auch mit Blick auf diese Schlüsselaspekte durchgeführt.

5.3 Kommunikation, Kooperation und Partizipation

Wie es sich darstellte, basieren die Kommunikationsprozesse der untersuchten Themen auf unterschiedlichen Grundlagen. Die Kommunikation innerhalb der Themen WRRL und FFH-Managementplanung basiert auf der gesetzlichen Vorgabe, geht jedoch über das Maß des Verpflichtenden nicht hinaus. Auch sind hierbei klar Verantwortliche benannt, die sich mit diesen Prozessen im Schwerpunkt befassen müssen. (LUNG, StÄUN, Landrat vertreten durch das Amt) Darüber hinaus sind auch einzubeziehende Stakeholder benannt, wodurch auch die Kommunikationsstruktur bestimmt wird. Die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung findet jedoch über den Kreis der Fachakteure hinaus kaum Anklang, so dass private oder wirtschaftliche Akteure trotz der öffentlichen Auslegung und der guten Zugänglichkeit der Vorgänge über das Internet kaum Stellung zu den erstellten Plänen nehmen.

Die Kommunikation innerhalb der Themenkomplexe Standortplanung und Trinkwasserversorgung stellt sich hingegen anders dar. Während die Stakeholder bei den erstgenannten Themen zum Teil vorgeschrieben sind, ist die Akteursgruppe der lokalen Themen sehr heterogen, wodurch auch eine Vielzahl von Meinungen und Sichtweisen vertreten sind. Zudem ist, anders als bei den Themen WRRL und FFH-Management, ein sehr weiter Akteurskreis vertreten, da dieser die unmittelbare Betroffenheit sieht oder befürchtet.

Im Grundsatz handelt es sich jedoch bei allen betrachteten Themen um einzelne Projekte, die jedes für sich durchgeführt werden, und eine Abstimmung nur im jeweiligen Projektrahmen erfordern. Eine Integration im engeren Sinne findet nicht statt und Synergieeffekte zwischen diesen, doch zum Teil inhaltlich eng verknüpften Themen werden nur unzureichend genutzt. Auch ist zu befürchten, dass die gegenseitige Beteiligung an Verfahren, sofern sie nicht verpflichtend ist, auch von öffentlicher Seite zurückgehen wird.

5.4 Nutzung bestehender Netzwerkansätze zum Transport von IKZM

Mit der Einbindung von IKZM in bestehende Netzwerke und Strukturen kann IKZM umgesetzt werden, ohne eine weitere Ebene einführen zu müssen und dadurch unter Umständen Doppelstrukturen zu schaffen, die den Prozess hemmen können.

Eine dieser Möglichkeiten kann die Nutzung eines Regionalforums wie es beispielsweise bereits als Regionalforum Bremerhaven etabliert worden ist, sein. Diese ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch mit der Stadt Bremerhaven, mit dem Ziel, die Entwicklung des Gesamttraums der Beteiligten zu fördern und zu sichern, als Basis und Ausgangspunkt für ein integriertes Küstenzonenmanagement genutzt werden. Zur Umsetzung besteht sowohl eine fachlich als auch eine politische Ebene. So gibt es sowohl eine innere Zusammenarbeit und ein kooperative Außenarbeit, um die Interessen gegenüber übergeordneten politischen Instanzen wie Land, Bund oder EU wirkungsvoll vertreten zu können. Auch wird bereits bei Durchsicht der Internetpräsenz deutlich, dass sich ein Zusammenhang der Aktivitäten mit küstenbezogenen Problemen bereits aus der Lage ergibt.

Themen sind so, unter anderem Tourismus und Natur, aber auch Küstenschutz und Infrastruktur. Jedoch fehlen diesem Forum die Wirtschaftsakteure, die NGOs und Privatpersonen, die in einen IKZM Prozess einbezogen werden sollten.

Als großräumiger Ansatz mit einem sehr breiten thematischen Hintergrund kann das „Wadden Sea Forum“ (www.waddensea-forum.org) angesehen werden, welches seit 2002 als gemeinsames Forum der Wattenmeeranlieger der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks mit einer Vielzahl verschiedener Stakeholder in diversen küstenrelevanten Themenkomplexen vereint und bereits den IKZM-Ansatz transportiert. Auch zeigt sich an der Zusammensetzung der Mitglieder, dass sowohl wirtschaftsnahe Akteure, NGOs, als auch politisch legitimierte Akteure vertreten sind, so dass die Belange auf einer breiten Basis diskutiert werden können, und auch dem IKZM-Gedanken Rechnung getragen werden kann.

Auch Euroregionen im Küstenraum wie die im Untersuchungsraum anzutreffende Euroregion Pomerania oder die Europaregion Sønderjylland-Schleswig bilden eine gute Grundlage als Träger des IKZM-Gedankens. Hierbei befindet sich neben dem für Europaregionen zwingend grenzüberschreitenden Hintergrund die wirtschaftliche Entwicklung der Region im Fokus, wobei auch kulturelle und soziale Aspekte Eingang finden.

Der mögliche Ansatz, die regionale Implementierung von IKZM durch bestehende Netzwerke zu erreichen, sollte dort, wo bisher nur ungenügende Netzwerkstrukturen bestehen, durch die Förderung neuer Netzwerkstrukturen unterstützt werden, um eine umfassende Wirkung erreichen zu können. Eine derartige Förderung und Anregung könnte beispielsweise durch eine übergeordnete Ebene wie dem Küstenkontor mittels regionaler Veranstaltungen und der Vermittlung der Vorteile entsprechender Netzwerke erfolgen. Natürlich erfordern derartige Netzwerke ein nicht unerhebliches Maß an Engagement und auch finanzielle Mittel, wobei dieses oftmals nicht durch die öffentlichen Stellen abgedeckt werden kann. Daher muss ein Schwerpunkt in der Aktivierung der Zivilgesellschaft und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements liegen. Darüber hinaus sollte auch die Wirtschaft für die Beteiligung am IKZM Prozess sensibilisiert werden.

Auf der Ebene der Fachplanungen hat die Analyse ergeben, dass durch die Umsetzung von EU-Richtlinien aufgrund geforderter Abstimmungsbelange und Öffentlichkeitsbeteiligung Strukturen und Netzwerke entstanden sind, auf deren Grundlage eine weitere Zusammenarbeit auch vor dem Hintergrund eines IKZM konstruktiv möglich wäre. Jedoch zeigen sich eben hier auch Defizite, da mitunter notwendige Kooperationen selbst amtsintern bislang zum Teil nur unzureichend ausgeprägt sind.

5.5 Umweltbildung/Bildung für Nachhaltigkeit

Aufgrund des Netzwerkansatzes und dem Fokus auf die Region kann das Umweltbildungsnetzwerk als wesentlicher regionaler Ansatz gesehen werden, das in der Nationalen Strategie formulierte Ziel, „den Küstenbereich als ökologische intakten und wirtschaftlich prosperierenden Lebensraum für den Menschen zu entwickeln und zu erhalten“ (Nationale Strategie 2006: 57), zu realisieren.

Das Umweltbindungsnetzwerk Stettiner Haff wurde im Oktober 2007 nach Vorbild des West-

pommerschen Umweltbildungsnetzwerkes durch die Hochschule Neubrandenburg und das Agendabüro Stettiner Haff zusammen mit den Bildungsträgern gegründet und übernimmt eine wesentliche Wissens-Transferfunktion für die Region. Ein wesentliches Augenmerk liegt hierbei in der Vernetzung der regional aktiven Bildungsträger und –einrichtungen vor dem Hintergrund des Umweltaspektes. Eine nachhaltige Entwicklung von Regionen muss und kann nur vom Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umweltgerechten Entwicklung und vom Handeln der Menschen getragen werden, die in ihnen wohnen, arbeiten oder Urlaub machen. Dies gilt erst recht für die sensiblen und zum Teil intensiv genutzten Küstenregionen. Das Konzept des Integrierten Küstenzonenmanagements betont daher auch die Notwendigkeit, alle relevanten Akteure einer Region in den Küstenmanagementprozess einzubeziehen. Dazu gehören neben den relevanten Fachleuten in erster Linie auch die Bewohner und Besucher der Küstenregion. Sie haben mit ihrem Verhalten wesentlichen Einfluss auf die Umwelt und die Entwicklung. Und sie können sich nur dann aktiv in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbringen, wenn sie über die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung informiert und dafür sensibilisiert sind. Genau an dieser Stelle setzt die Umweltbildung an.

Das Ziel ist es, eine Sensibilisierung interessierter Gruppen für Umwelt und Natur zu erreichen und Zusammenhänge zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialen Themen anschaulich, interessant und abwechslungsreich zu vermitteln. Darüber hinaus sind die Zusammenarbeit mit polnischen Partnern und der Kontaktaufbau zu neuen Zielgruppen vor dem grenzüberschreitenden Hintergrund besonders wichtig. Das aktuelle Netzwerk verstetigt seine Arbeit durch gemeinsame Planung und Umsetzung von Vorhaben und durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Satzung.

Den Zusammenhang zwischen küstenbezogener Umweltbildung und Integriertem Küstenzonenmanagement hat Vorlauf herausgearbeitet. Sie sieht folgende wechselseitige Berührungspunkte zwischen Umweltbildung und IKZM:

- Umweltbildung kann Wissen über ökologische Zusammenhänge in Küstenräumen vermitteln und Menschen zu einem umweltgerechten Handeln befähigen,
 - Umweltbildung kann Akteure, die sich mit der nachhaltigen Entwicklung der Küstenregion beschäftigen (IKZM-Akteure) weiterbilden und ihnen Problemlösungs- und Handlungskompetenzen vermitteln,
 - Umweltbildung kann einen Beitrag zur touristischen Profilierung und Vermarktung einer Region leisten,
 - neue Partner aus den Bereichen Umwelt und Natur können mit den Umweltbildungseinrichtungen und –angeboten verknüpft werden und die Umweltbildung damit stärken,
 - die Anbieter und Akteure der Umweltbildung können durch die Zusammenarbeit mit so genannten IKZM-Akteuren Einblicke in die fachliche Praxis, Wissenschaft und Forschung gewinnen und die Zivilgesellschaft zur Partizipation befähigen (z. B. im Zusammenhang mit der Umsetzung der WRRL oder bei der Beteiligung an FFH-Managementplänen).
- (Vorlauf 2004: 5)

Gute und professionelle Angebote der Umweltbildung und der Bildung für Nachhaltige Entwicklung können die Grundlage für eine nachhaltige, von Beteiligung und Teilhabe geprägten, Entwicklung einer Küstenregion bilden. Der Zusammenhang zwischen Regionalentwicklung und Umweltbildung lässt sich auch deutlicher formulieren: Umweltbildung ist die Vo-

raussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.¹⁰

5.6 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Odermündung

Neben der Umweltbildung, die bereits auf eine grenzüberschreitende Netzwerkstruktur zurückgreifen kann, gab und gibt es weitere grenzüberschreitende Aspekte in der Untersuchungsregion mit IKZM-Relevanz.

In der Empfehlung vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung der Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete (2002/413/EG) werden 13 Themenbereiche genannt, die Bestandteile eines Küstenzonenmanagements sein können. Dieses sind (nicht abschließend) die Bereiche „Fischerei und Aquakultur, Verkehr, Energie, Ressourcenbewirtschaftung, Artenschutz und Schutz von Lebensräumen, Kulturerbe, Beschäftigung, Regionalentwicklung im ländlichen wie im städtischen Raum, Fremdenverkehr und Erholung, Industrie und Bergbau, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft und Bildung.“ Hinzu kommt die Empfehlung einer Zusammenarbeit mit Nachbarländern und auch am selben Regionalmeer gelegenen Drittstaaten, „um Mechanismen für eine bessere Koordinierung der Reaktionen auf grenzübergreifende Fragen zu erarbeiten.“

Folglich ergibt sich hier der Anspruch auf eine grenzüberschreitende Herangehensweise an den Themenkomplex Integriertes Küstenzonenmanagement. Grenzüberschreitende Tätigkeiten hinsichtlich des IKZM Gedanken kommen in mehreren Bereichen in Betracht. Sekscinska identifizierte auf Basis der 13 in der Empfehlung genannten Themenkomplexe neun mit grenzüberschreitender Relevanz. Nicht relevant sind die Bereiche Fischerei und Aquakultur, Kulturerbe, Beschäftigung und Landwirtschaft. (Sekscinska 2008: 15)

Eine Analyse von 19 grenzüberschreitenden Institutionen und die Verschneidung der Themenkomplexe mit diesen ergaben, dass die Themenkomplexe unterschiedlich intensiv behandelt, und die Akteure unterschiedlich breit im Gesamthemenspektrum aktiv sind. Die durch die größte Anzahl von Institutionen behandelten Themen sind „Artenschutz und Schutz von Lebensräumen“ (neun Organisationen), gefolgt von „Regionalentwicklung im städtischen und ländlichen Raum“ und „Ressourcenbewirtschaftung“ (jeweils sieben Organisationen) sowie „Verkehr“ (sechs). (Sekscinska 2008: 23-56) Es zeigt sich also eine gewisse Schnittmenge an grenzüberschreitenden Handlungsfeldern, die vor dem Hintergrund eines IKZM betrachtet werden können.

Im Bereich der Trinkwasserversorgung wird aufgrund der besonders in den tourismusintensiven Sommermonaten knappen Trinkwassersituation seit einigen Jahren grenzüberschreitend zusammengearbeitet, wobei es um die Erarbeitung eines grenzüberschreitenden Gewässerkonzeptes ging. Jedoch ist die Zusammenarbeit bisher projektbezogen und nicht kontinuierlich. Die Abwasserentsorgung erfolgt seit Jahren für den deutschen Ostteil der Insel über das Klärwerk in Swinemünde. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Wasser wurde bereits in den 1990er Jahren die Internationale Kommission zum Schutz der Oder eingerichtet. Bei der Abstimmung hinsichtlich des Umsetzungsprozesses der Wasserrahmenrichtlinie für die FGE

¹⁰ Weitere Informationen sind dem IKZM-Oder-Bericht: Dehne et. al. (2010): Vernetzt: Umweltbildung am Stettiner Haff, zu entnehmen.

Oder wurde innerhalb der IKSO 2001 eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Umsetzung der WRRL etabliert. Die eigentliche Umsetzung der WRRL geschieht in erster Linie von den Behörden der Nationalstaaten. Die Berichte nach Art. 8 der Richtlinie 2000/60/EG werden durch die IKSO erarbeitet. (www.mkoo.pl) Da es mit Polen gemeinsame Grenzgewässer gibt, ist es bei einigen erforderlich, diese gemeinsam zu bewirtschaften. Diese gemeinsame Bewirtschaftung reicht zum Teil mehrere Dekaden zurück. Da die Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie bei der Gewässerbewirtschaftung aktuell einen hohen Stellenwert einnimmt, wurde in diesem Zusammenhang bei dem Fluss Beeke die ökologische Durchgängigkeit erhöht. Die entsprechende bauliche Maßnahme erfolgte in Zusammenarbeit deutscher und polnischer Behörden. (www.staun-mv.de) Hinsichtlich des Hochwasserschutzes wurden in deutsch-polnischer Kooperation von Behörden und Ingenieurbüros Deichbauarbeiten am Torfkanal und am Stettiner Haff durchgeführt, um die unbefriedigende Situation der Vernässung sowohl der deutschseitigen als auch polnischen Nutzflächen und polnischen Siedlungsanlagen zu beheben. (www.staun-mv.de)

Während in diesem Bericht die Zusammenarbeit von einer gewissen Kontinuität gekennzeichnet ist, so stellt sich die Zusammenarbeit in anderen Bereichen schwieriger dar.

Die Zusammenarbeit in Bezug auf die Erstellung der Bewirtschaftungspläne für die Natura 2000 Gebiete erfolgt nur in beschränktem Umfang und geht über Informationen für polnische Behördenvertreter und zweisprachige Flyer nicht hinaus. Auch in Bezug auf den Tourismus spielt die Interaktion mit der polnischen Seite laut Hoffmann am Beispiel des Stettiner Haffs nur eine untergeordnete Rolle. (Hoffmann 2007: 68) Lediglich eine Tendenz in diese Richtung ist der Beitritt der Marina Pogon Ende 2008 in einen Verbund von Marinas an der Ostseeküste. (www.marinaverbundostsee.de) Jedoch gibt es hier hinsichtlich einer grenzübergreifenden Planung von weiteren Standorten und von Abstimmungsprozessen eines Liegeplatzbedarfs keine grenzüberschreitenden Aktivitäten. Dass aus touristischer Sicht in jüngerer Zeit ein grundsätzlich grenzübergreifendes Interesse besteht, belegt der Beitritt des Tourismusverbandes Swinemünde zum Tourismusverband Insel Usedom. (Gespräch mit Herrn Rosenow)

6. Erkenntnisse und Empfehlungen

Wie bereits festgestellt, ist IKZM ein kontinuierlicher, informeller Prozess, in welchem die raumbedeutsamen Aspekte in Küstenzonen im Vordergrund stehen. Ohne ein eigenständiges Planungsinstrument zu sein, folgt es einem ganzheitlichen Ansatz unter Integration verschiedenster Belange und Einbeziehung aller relevanten Akteure. Hierbei setzt IKZM vorrangig auf Kommunikation, Moderation und Konfliktmanagement.

6.1 Zusammenfassendes Fazit

Nun stellt sich in Bezug auf ein IKZM in der Odermündungsregion die Frage, inwieweit ein derartiger Prozess bereits existiert oder welche Aspekte für ein regionales IKZM bislang bestehen, bzw. noch nicht umgesetzt werden konnten. So lassen sich folgende Herausforderungen für ein regionales IKZM feststellen, die es in der Region zu meistern gilt.

6.1.1 Akteure und Fachplanungen

Hierbei zeigt sich, dass innerhalb der untersuchten Themen regional eine Vielzahl von Ak-

teuren mit IKZM-relevanten Themen befasst, bzw. in die Umsetzung involviert ist. Einige der Akteure wie das Amt für Raumordnung Vorpommern sind als Querschnittsakteure auch themenübergreifend und in Abwägungsprozessen aktiv. Jedoch beschränkt sich die Kommunikation in Bezug auf diese Aktivitäten bislang auf die rechtlich determinierten Abstimmungsprozesse. Deutlich ist, dass der Akteurskreis aufgrund der Betroffenheit der jeweilig betrachteten Problemkreise und deren räumlicher Wirksamkeit stark variieren kann und sich von Einzelpersonen bis zu Europaebene erstreckt. Da ein großes Spektrum der zu betrachtenden Aufgabenfelder durch öffentliche Akteure und Fachplanungen besetzt ist, kommt diesen bei der Umsetzung eines regionalen IKZM eine besondere Bedeutung zu. Fraglich ist jedoch, inwieweit sich öffentliche Akteure in informelle Prozesse einbinden lassen, da sie bislang innerhalb eines festgelegten rechtlichen Rahmens und aufgrund von (Verwaltungs-)Vorschriften handeln. Gerade seitens der (Fach-)Planung werden klare Zuständigkeiten gefordert, wodurch Regelungsbedarf sowohl hinsichtlich der Einordnung von IKZM innerhalb der Verwaltungshierarchie als auch hinsichtlich der Inhalte gesehen wird. (vgl. Wenk 2005: 69)

Wie durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung anhand von Fachplanungsakteuren in der Odermündungsregion untersucht, gibt es innerhalb der Fachplanungen Wasserwirtschaft und Landschaftsplanung/Naturschutz bereits eine Beachtung von IKZM Grundsätzen, so dass „Interdisziplinarität, sektorübergreifende Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsbeteiligung, Einbeziehung relevanter Akteure und eine breit ausgelegte Informationsbeschaffung bei der Identifizierung von Konfliktpotenzialen“ (Suda 2010: 39) in der Planung anzutreffen sind. Mit Blick auf diese Entwicklung ist die Bedeutung des Europäischen Einflusses nicht zu unterschätzen. Wie sowohl durch die Analyse der Fachplanungen als auch aus der Thematischen Analyse hervorgeht, haben sich durch die Vorgaben, gerade hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung und auch der Abstimmungsvorschriften Netzwerke gebildet, auf deren Grundlage ein weiterer IKZM Prozess aufbauen kann.

Aus diesem Zusammenhang und aufgrund bestehender Legitimation erscheint die Regionalplanung als geeignet, IKZM als Schlüsselakteur mit umzusetzen bzw. diese Koordinierungsfunktion aufzunehmen. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass IKZM nicht zu einem Instrument der Raumordnung wird. Als wichtiger regionaler Akteur mit den entsprechenden Regionalkenntnissen können die Regionalplanungen jedoch eine wesentliche Rolle im regionalen IKZM einnehmen. Inwieweit die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Umsetzung von IKZM förderlich wäre, müsste regional geprüft werden.

Besonders die Analyse der Themenkomplexe hat deutlich gezeigt, dass sich IKZM auf regionaler Ebene in einem Spannungsfeld zwischen politisch vorgegebenen, mit Fristen und Handlungsempfehlungen versehenen Themen und freiwilligen, regional individuellen Themen bewegen muss.

Auch wird deutlich, dass die Umsetzung von, durch EU-Reglementarien gesteuerten und daher verpflichtenden Themen, besser funktioniert als die Bearbeitung anderer in der Region vorhandenen Problemlagen und Themen. Dieses ist zu einem gewissen Teil auf die rechtliche Ausgestaltung zurückzuführen, die den Akteuren in verpflichtendem Rahmen ausreichend Gestaltungsfreiheit zugesteht, die damit verbundenen Fragen auf Verhandlungsebene

auszuhandeln.

Die sich aus dieser Analyse ergebende Fragestellung ist, wie auch nicht reglementierte Problemfelder, die nicht unmittelbar in die Zuständigkeit einer Behörde fallen, im Konsens gelöst werden und wie die harten Interessen- und Nutzungskonflikte bewältigt werden können. Der Schlüssel scheint darin zu liegen, durch die Gesetzgebung Ziele, Fristen und somit einen Rahmen vorzugeben, den Weg bzw. die Maßnahmen aber den Akteuren zu überlassen. Jedoch dürfte sich das kaum auf den Einzelfall und strittige Sachverhalte anwenden lassen.

Während bei den europäischen Themen eine Einigung zwingend erzielt werden muss, ist das bei den lokalen Themen nicht der Fall. Dahingehend müsste sich ein lokales Netzwerk eine eigene regionale Zielvorgabe stellen, deren Ziele mittels Abstimmungsprozess zu erreichen sind und die Akzeptanz aller Stakeholder sicherstellt. Problematisch ist jedoch, dass auch derartige Bottom-Up-Prozesse meist nur gelingen, wenn das Netzwerk über Sanktionsmöglichkeiten verfügt und einzelne Stakeholder zum Einhalten der Vereinbarungen gezwungen werden können. Hier muss also eine entsprechende, auch rechtlich legitimierte Stelle sanktionieren können. Hinzu kommt, dass einzelne Mitglieder eines derartigen Netzwerkes grundsätzlich die Möglichkeit haben, aus dem Netzwerk auszusteigen und somit die Gesamtbemühungen unterminieren können.

6.1.2 Moderation und Konfliktmanagement?

Für diese Bereiche sind Ansätze vorhanden, indem beispielsweise zu Konfliktvermeidung und Abstimmung sowohl bei der Umsetzung der WRRL als auch bei der Aufstellung der FFH-Managementpläne Arbeitskreise und Moderatoren eingesetzt werden, um die Aufgaben konsensual zu lösen. Der Ansatz, Probleme in einem Dialogprozess zu lösen, ist also regional vorhanden. Entsprechende Verfahren können vor einem rechtlich determinierten Rahmen angewandt werden, da der Konsens „nach Möglichkeit“ herzustellen ist und die Fachplanungen im Zweifel ihre Interessen entsprechend durchsetzen können. Inwieweit es jedoch gelingen kann, dieses Handeln aus dem „Schatten der Hierarchie“ zu lösen und ohne rechtliche Absicherung zu realisieren, bedarf weiterer Prüfung. Spätestens, wenn es um harte Konflikte mit wirtschaftlichem Interesse wie im Falle von Bauvorhaben oder der Siedlungsentwicklung geht, dürfen Moderationsverfahren kaum ausreichend sein, um einen Interessenausgleich zu erreichen.

6.1.3 Kontinuierlicher, iterativer Ansatz

In Bezug auf kontinuierliches, oder gar zyklisch-iteratives Handeln haben die regionalen Analysen gezeigt, dass es in der Umsetzung zwar vereinzelt Ansätze gibt, ein übergreifender Prozess jedoch bisher nicht zu beobachten ist. Innerhalb einzelner Themen wie beispielsweise der Umsetzung der WRRL ergibt sich der iterative Ansatz bereits aus der Forderung der Richtlinie selbst, so dass sowohl Maßnahmenprogramme (Art. 11 Abs. 8), als auch Bewirtschaftungspläne (Art. 13 Abs. 7) erstmalig nach spätestens 15 Jahren und anschließend alle 6 Jahre überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden müssen. Ähnliche Zyklen ergeben sich auch aus weiteren Artikeln der WRRL.

Ein weiterer regionaler Ansatz, der sich durch eine gewisse Kontinuität auszeichnet, ist die,

sich aus dem Raumordnungsgesetz und dem Landesplanungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern ergebende, Verpflichtung zur Aktualisierung bzw. Fortführung von Plänen wie dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm Vorpommern, wenngleich es sich hierbei um einen rein planerischen Ausgleich von Interessen der Fachplanungen handelt.

6.1.4 Indikatoren im regionalen Kontext

Wie weiter oben festgestellt wurde, sind für einen iterativen Prozess wie ihn IKZM darstellen soll, Indikatoren notwendig. Sie dienen der Bestandsaufnahme und Evaluation der jeweiligen Zyklen. Es zeigte sich jedoch auch, dass Indikatoren dem Anstoß von Denkprozessen und zur Objektivierung einzelner Entwicklungen sowie von Zusammenhängen dienen können. Jedoch muss das jeweilige Indikatorenset in Abhängigkeit von der Funktion aufbereitet werden und in den Kontext eines Indikatorensystems gestellt werden. Eine mögliche Form der Nutzbarmachung wäre die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts zur Küstenregion. Zur Beschreibung der regional relevanten Problemlagen liegen bereits zahlreiche Indikatoren vor und können die Grundlage für einen anhand der Problembereiche strukturierten Diskussionsprozess zur Entwicklung des Küstenraums sein. In den nächsten Schritten und der weiteren Entwicklung geht es darum, die Indikatoren zur Anwendung zu bringen. Erfahrungen in der Odermündungsregion haben gezeigt, dass Indikatoren in der Lage sind Entwicklungen aufzuzeigen und darauf gerichtete Diskussions- und Lernprozesse anzustoßen, wobei sie Anpassungen im zeitlichen Verlauf möglich machen, aber auch selbst den Anforderungen der Anpassung unterliegen. (vgl. Hoffmann 2010: 342 f.)

Für die Nutzung von Indikatoren ist es wichtig, dass auf einen entsprechenden Datenbestand zurückgegriffen werden kann. Aus diesem Grund ist auch der Rückgriff auf die Fachplanungsträger notwendig, da diese beispielsweise über Monitoringprogramme und die entsprechenden Datenbestände verfügen. (vgl. Hoffmann (a) 2010)

6.1.5 Der Begriff des IKZM?

Natürlich stellt sich bei einer regionalen Untersuchung auch die Frage nach dem untersuchten Begriff. Wie die Befragung im Jahr 2006, aber auch die Expertengespräche 2009 zeigten, sind der Begriff IKZM und auch die damit verbundenen Bestrebungen wenig bekannt. Seitens der Regionalplanung, welcher IKZM bekannt ist, wird jedoch eine institutionelle Zuordnung gefordert und gefragt, welchen rechtlichen Status und welche Zuständigkeit IKZM selbst hat. (Wenk 2005) Hieraus wird deutlich, dass seitens der bestehenden Institutionen mit ihren klar definierten Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten die Frage nach der systemischen Einordnung von IKZM grundsätzlich der Klärung bedarf. Das sehr abstrakte Einbeziehen aller relevanten Akteure und ein sehr umfassender und nicht abschließender Aufgabenpool sind hierbei wenig hilfreich oder gar verwirrend. Auch wird deutlich, dass der Ansatz, dass IKZM weder politische, rechtliche und administrative Vorgaben, noch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten ersetzen soll, stärker in die Praxis transportiert werden muss. (Nationale Strategie 2006: 61)

Grundsätzlich geht es weniger um die Entwicklung und Vorgabe einer klaren Definition von IKZM, als vielmehr darum, die regionalen Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Begriffsfeldes zu gewährleisten, um die regionale Eigenständigkeit nicht einzuschränken und die „regionalen Wirklichkeiten“ individuell abbilden zu können.

6.1.6 Problemorientierung

Diesem Ansatz entsprechend muss deutlich gemacht werden, dass es „das regionale IKZM“ nicht geben kann, da die jeweiligen Herausforderungen und somit die jeweiligen regionalen Anforderungen an ein regionales IKZM stark von einem regionalen Problemportfolio und den regionalen Stakeholdern abhängen. Daher muss auch das jeweilige IKZM individuell gebildet und den lokalen und regionalen Ansprüchen nach geformt werden. Von IKZM ist also ein hohes Maß an Flexibilität gefordert, um es individuell einsetzen zu können.

IKZM darf bestehende sozioökonomische Belange nicht ausklammern, da diesen eine sehr hohe Bedeutung zuerkannt wird. Nur wenn auch hier Lösungs- und Handlungsansätze einbezogen werden, können die entsprechenden Stakeholder animiert werden, sich für ein IKZM zu engagieren.

6.1.7 Ganzheitliche Betrachtung von Land und Meer

IKZM vertritt nach der Nationalen Strategie den Anspruch, dass eine einheitliche und übergreifende Betrachtung, sowohl der land- als auch der meerseitigen Ansprüche, Fragenkreise und Problemlagen erfolgt. In der gegenwärtigen praktischen Umsetzung erfolgt dieses jedoch bisher wenig. Seitens der Raumplanung wird bemängelt, dass eine einheitliche Betrachtung schon aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten nicht gewährleistet werden kann.

Bei der Aufstellung der FFH-Managementpläne erfolgt eine derartige Betrachtung bedingt. Da diese Natura-2000-Gebiete, wie beispielsweise der Greifswalder Bodden, direkt an die Küstenlinie anschließen und durch verschiedene Nutzungen beeinflusst werden können, kann hier von einer umfassenden Betrachtung ausgegangen werden. Der beispielhaft auf der Internetseite des LUNG bereitgestellte Managementplan der Wismarbucht verdeutlicht die beachteten Abstimmungsbelange beispielsweise der Nutzung der Wasserflächen im FFH-Gebiet unter Beachtung einer freiwilligen Vereinbarung „Naturschutz, Wassersport und Angeln in der Wismarbucht“, die durch eine größere Zahl von Stakeholdern mitgetragen wird. Landseitig sind Verträge mit den Landwirten über die naturschutzrechtliche Grünlandbewirtschaftung abgeschlossen worden. Darüber hinaus werden Gemeinden, Fachplanungen und Ministerien in den Abstimmungsprozess der Maßnahmen einbezogen.

Auch die Wasserrahmenrichtlinie bezieht in die Betrachtung sowohl die Binnenoberflächengewässer und das Grundwasser, als auch die Übergangs- und Küstengewässer mit ein. (WRRL, Art. 1) Auch hier findet sich also die Beachtung sowohl der land- als auch der see-seitigen Aspekte.

6.2 Empfehlungen für die Implementierung von IKZM in der Odermündung

Wie festgestellt werden konnte, sind erste Ansätze eines regionalen IKZM in der Odermündungsregion vorhanden. So konnten über den Agenda-Prozess und auch das Umweltbildungsnetzwerk jeweils umfangreiche Netzwerke beiderseits der Grenze aufgebaut werden, auf dessen Grundlage der weitere Prozess vorangebracht werden kann.

Auch seitens der Fachplanungen und sonstiger Akteure, die im Zusammenhang mit den

regional untersuchten Themen befragt wurden, ist bereits eine umfangreiche Kommunikationsstruktur vorhanden und aus den rechtlichen Rahmenbedingungen einiger Handlungsfelder (FFH, WRRL) ergibt sich die Notwendigkeit der Prozessabstimmung. Jedoch konnten auch wesentliche Defizite festgestellt werden, denn die Kommunikation erfolgt meist auf den Einzelfall bezogen und oftmals lediglich bilateral. Hier sind ein weiterer umfangreicher Kommunikationsprozess anzustoßen und die einzelnen Stakeholder zu einer fach- und themenübergreifenden Zusammenarbeit zu animieren.

Als wichtig muss auch die Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen bzw. der Wojewodschaft Westpommern angesehen werden. Hierbei sind erste Schritte mit der Euroregion Pomerania, der Regionalen Agenda Stettiner Haff und dem Umweltbildungsnetzwerk getan. Jedoch ist fraglich inwieweit eine Verstärkung auf informeller Ebene stattfinden kann oder ob der informellen Zusammenarbeit in einem gemeinsamen IKZM in der Odermündung eine Verstärkung auf formaler Ebene vorausgehen sollte. Durch europäische Richtlinien wie der WRRL und der Einzugsgebietsbezogenheit sind auf formaler Ebene bereits entsprechende Strukturen geschaffen worden, da die Betrachtung dieser Internationalen Flussgebietseinheiten grenzüberschreitend zu erfolgen hat.

Als ein zukünftiger wichtiger Schritt muss der Übergang von einzelnen, zumeist lokalen Projekten hin zu einem projektübergreifenden Ansatz begriffen werden. Die lokal bereits bestehenden Ansätze zur Problemlösung wie in den Bereichen der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung auf der Insel Usedom bilden eine gute Grundlage für eine zukünftige engere Zusammenarbeit. Jedoch sind bisherige Prozesse stark formalisiert und bedürften der Legitimation auf staatlicher Ebene, so dass eine informelle Zusammenarbeit bisher nicht stattfindet. Weitere Ansätze sind mit den Bereichen Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien und Hochwasserschutz der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigungen (IKSO) zugeordnet. Aufgrund der hohen Bedeutung der Gewässer, des Wassers im Allgemeinen, und der sowohl auf lokaler Projektebene der Trinkwasserversorgung als auch auf Ebene der Flussgebietseinheit Oder erfolgreich praktizierten Zusammenarbeit erscheint eine Verstärkung dieser Zusammenarbeit vor dem Hintergrund eines IKZM in der Odermündungsregion als wichtige Basis, um auch zukünftige Herausforderungen in der Region zunehmend integrativ und grenzüberschreitend kooperativ zu meistern.

Die regionale Forschung hat gezeigt, dass sich bereits IKZM-Grundsätze etabliert haben, jedoch weitgehend Unkenntnis über den IKZM Prozess, wenn auch nicht generell, so doch über den Inhalt von IKZM besteht. Eine umfangreiche Informations- und Aufklärungsarbeit zur Verdeutlichung sowohl des Hintergrundes als auch der Ziele des IKZM scheint erforderlich, um die Stakeholder für IKZM gewinnen zu können. Hier muss der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis verbessert werden.

Durch die Etablierung einer Koordinierungsstelle für IKZM oder auch die Anbindung von IKZM an eine bekannte Institution könnten einerseits der Wissenstransfer beschleunigt und andererseits eventuell bestehende Berührungspunkte abgebaut werden. Die Herausforderung liegt hier jedoch in der geforderten Informalität und auch darin, dass IKZM nicht der Durchsetzung von Fach- und Einzelinteressen dienen soll. Eine Angliederung an eine bestehende Institution könnte neben Synergieeffekten auch negative Auswirkungen wie die Aus-

weitung einer möglichen Skepsis gegenüber der Institution auf das (unabhängige) IKZM haben. Vor diesem Hintergrund scheint die Schaffung einer unabhängigen Stelle für die IKZM-Koordinations- und Transferarbeit sinnvoll.

Sollte IKZM bei einer bestehenden Institution wie beispielsweise der Raumplanung angegliedert werden, so müsste eine entsprechende Legitimation über die regionalen Stakeholder erfolgen, denn diese entscheiden spätestens über ihre Mitarbeit ohnehin über den Erfolg einer derartigen Stelle. Sowohl Bewährung und Akzeptanz, als auch Erfolg und Leistungsfähigkeit einer derartigen Koordinationsstelle würde sich ohnehin erst im laufenden Betrieb zeigen und macht unter Umständen Anpassungen erforderlich.

6.2.1 Regionalisierung von IKZM

Diese, bereits kleinräumig auftretenden, Disparitäten verdeutlichen die Dringlichkeit der regionalen Einbindung von IKZM, wobei diese auf mehreren Ebenen geschehen sollte. Die Integration auf regionaler Ebene ist geboten, da eine Identifikation der einzelnen Stakeholder mit den Problemfeldern nur im regionalen Kontexte erreicht werden wird. Darüber hinaus erscheint es aufgrund der in der Untersuchungsregion vorhandenen starken kleinräumigen Unterschiede (Küste-Hinterland-Problematik) sinnvoll, dass die Abgrenzung für einzelne Fragenkreise des regionalen IKZM auf sub-regionaler Ebene individuell durch die Stakeholder erfolgt. Eine übergeordnete Ebene ist gegenwärtig bereits mit dem Küstenkontor eingerichtet worden, wobei ein IKZM-Verständnis auf überregionaler Ebene gefördert und die Unterstützung gesichert werden sollte.

Es muss jedoch deutlich hervorgehoben werden, dass eine Abstimmung auf überregionaler bzw. Landesebene sinnvoll ist, jedoch der eigentliche Prozess an der Basis ansetzen muss. Das Küstenkontor oder eine vergleichbare Stelle sollte eine Sekretariatsfunktion und die Vertretung der Regionen in übergeordneten Ebenen übernehmen, jedoch in den Prozess nicht über die Maße eingreifen. Die Einrichtung einer derartigen Stelle mit Koordinations- und Vertretungsfunktion bedarf einer entsprechenden Legitimation der regionalen Stakeholder, denn diese entscheiden spätestens über ihre Mitarbeit ohnehin über den Erfolg und die Handlungsfähigkeit dieser Stelle. Sowohl Bewährung und Akzeptanz, als auch Erfolg und Leistungsfähigkeit einer derartigen Koordinationsstelle würde sich ohnehin erst im laufenden Betrieb zeigen und macht unter Umständen Anpassungen erforderlich.

Wie beim Kreis der beteiligten Stakeholder wird auch bezüglich eines räumlichen Rahmens eines regionalen IKZM klar, dass es sich nicht um eine starre Abgrenzung handeln darf. Vielmehr muss der räumliche Umgriff dem jeweiligen Handlungsfeld flexibel angepasst werden.

6.2.2 Empfehlungen für die Fachplanungen

Einen wichtigen Stellenwert nehmen bei der regionalen Umsetzung von IKZM schon aus ihrem Aufgabenportfolio heraus die Fachplanungen ein. Jedoch erscheint die freiwillige Beteiligung an der Umsetzung von IKZM angesichts der bereits bestehenden Personalknappheit und den vermutlich weiter abnehmenden Personalmitteln wenig erfolgversprechend.

Daher solle es für diese verpflichtend sein, den Grundsätzen von IKZM zu folgen. Hierbei

kann und soll es nicht darum gehen, konkrete Teile eines IKZM-Prozesses maßgeblich zu übernehmen und zu gestalten, sondern vielmehr um eine generelle Verpflichtung öffentlicher Stellen, die Grundsätze von IKZM als obligatorisch zu beachten, bzw. ein regionales IKZM im Rahmen des regionalen Umsetzungsprozesses aktiv zu unterstützen. Hierfür wäre ein Erlass der zuständigen Ministerien sinnvoll, der die Ziele von IKZM als Ziele der Fachplanungen in Ihren Zuständigkeiten verpflichtend macht, jedoch die Wahl der Mittel zur Zielerreichung offen und durch die entsprechenden Stellen ausgestalten lässt.

6.2.3 Wer macht IKZM?

Da IKZM keine neuen Strukturen schaffen soll, muss auf vorhandene Strukturen aufgebaut werden. Wie dargestellt, gibt es im Küstenraum bereits Institutionen und Netzwerke, die sich für die Angliederung von IKZM eignen bzw. IKZM sogar bereits in ihr Aktionsspektrum aufgenommen haben. An dieser Stelle müsste nun angesetzt, und den Regionen diese Möglichkeit kommuniziert werden. Besonders den öffentlichen Akteuren müsste verdeutlicht werden, dass es im eigentlichen Sinne keinen einzelnen Prozessverantwortlichen gibt, sondern dass der Prozess von allen Beteiligten verantwortet wird.

Eine große Herausforderung stellt der informelle Ansatz und auch die Tatsache, dass es sich nicht um einen eigenständiges Planungsinstrument handelt, dar, da speziell die Fachplanungen angesichts der knappen personellen Ressourcen kaum über die Möglichkeiten verfügen, über ihre Pflichtaufgaben hinaus weitere Aufgaben durchzuführen. Die Teilnahme an einem informellen Prozess bzw. damit verbundenen Aufgaben wird als derartige Zusatzbelastung gesehen und dürfte unter den aktuellen Rahmenbedingungen durch die Fachplanungen und Verwaltungen somit kaum Unterstützung erfahren. Daher wird die Frage zu klären sein, ob ähnlich wie in Schleswig-Holstein Ansprechpartner für IKZM benannt werden können oder sollen, die IKZM als Pflichtaufgabe zu bearbeiten haben.

6.2.4 Vom Projekt zum Prozess

Ein wesentlicher Aspekt ist der prozessuale Charakter eines IKZM und die damit verbundenen hohe Dynamik, sowohl was den Akteurskreis, als auch die behandelten Themen, anbelangt. Es wird sicher mehrere Jahre dauern, bis sich innerhalb des Akteurskreises ein ständiger Arbeitszirkel herauskristallisiert hat und auch Themen verstetigen, denen die vorrangige Aufmerksamkeit gilt. Jedoch darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass es sich um einen offenen Dialogprozess handelt. Auch muss man sich von dem – gerade auch aus der Regionalentwicklung und –förderung bekannten – Projektdenken lösen und den iterativen Gedanken erfassen, um zu verhindern, dass der Prozess zum Erliegen kommt.

Bevor jedoch ein eigenständiger regionaler IKZM-Prozess realisiert werden kann, muss ein geeigneter Weg gefunden werden, den lokalen und regionalen Akteuren zu verdeutlichen, was IKZM ist, wie IKZM funktionieren soll und welchen Nutzen es bringt. Daher ist es in der weiteren Entwicklung erforderlich, den Bekanntheitsgrad von IKZM zu erhöhen und die Vorteile gegenüber den lokalen und regionalen Stakeholdern klar herauszustellen.

In diesem Sinne sollte IKZM als gemeinschaftliche Aufgabe von Planung und Entwicklung gesehen werden, denn IKZM kann sich nicht nur als Abstimmung in Fachplanungsprozessen

wieder finden, sondern muss auch in die Regionalentwicklung hineingetragen werden. Diese ist mit der Nähe zu den nicht öffentlichen Akteuren und der Einbindung über Projekte in der Region oftmals bekannt, hat bereits ein Netzwerk ausgebaut und bildet daher eine gute Schnittstelle.

6.3 Empfehlungen für erste konkrete Maßnahmen

Wie bereits verdeutlicht, liegt eine Vielzahl von Herausforderungen zur Etablierung eines IKZM in der Odermündungsregion vor. Diesen Ansprüchen folgend sollen Empfehlungen für erste konkrete Maßnahmen für die weitere Umsetzung eines IKZM in der Odermündungsregion folgen.

6.3.1 Definieren und Akzentuieren des regionalen Problemportfolios

Wie sich anhand der Beispiele zeigen lässt, klären sich auch ohne den direkten IKZM-Ansatz als Handlungsgrundlage bereits sowohl das regionale Problemportfolio, als auch der räumliche Umgriff aus dem jeweiligen Handlungshintergrund bzw. zu behandelnden Sachverhalt selbst, und das Portfolio erfährt anhand der internen Behandlung der Themen auch seine Gewichtung. Eine hohe Bedeutung kommt dem Evaluierungsprozess zu bzw. der Bewertung der durchgeführten Maßnahmen, so dass Erfolge, aber auch Misserfolge des IKZM-Prozesses gegenüber den Stakeholdern sichtbar gemacht werden können.

Durch das in Zusammenhang mit dem Projekt IKZM-Oder erarbeitete Problemportfolio wurde eine Grundlage für die konkrete Umsetzung in der Region gelegt. So kann dieses als Basis dienen, auf dessen Grundlage die regionalen Stakeholder die zu behandelnden Themenkomplexe auswählen um sie unter dem Aspekt des IKZM für die Region anzupassen und weiter zu akzentuieren.

6.3.2 Festschreiben des IKZM-Ansatzes als Handlungsmaxime der Fachplanungen und der Raumordnung im Küstenraum

Da die Fachplanungen bereits eine Vielzahl IKZM-relevanter Aufgabenbereiche besetzten, muss der Mehrwert von IKZM unbedingt in die Fachplanungen kommuniziert werden, so dass diese den erhöhten Zeitaufwand mittragen. Es muss deutlich werden, dass eine Vielzahl von Problemfeldern bereits durch gute Kommunikation im Vorfeld gelöst werden können, was besonders vor dem Hintergrund weiterer Verknappung von Ressourcen in den Fachplanungen zukünftig immer wichtiger wird.

Angesichts des Personalabbaus ist zu befürchten, dass die Beteiligung an nicht verpflichtenden Verfahren für die öffentlichen Akteure in Zukunft weiter abnimmt. Um jedoch einen Prozess wie IKZM umsetzen zu können, ist die breite Beteiligung der öffentlichen Akteure als Stakeholder unbedingt notwendig. Daher sollte in den entsprechenden (Küsten)Regionen ein Handeln im Sinne von IKZM für die öffentlichen Stellen verpflichtend werden. Eine der vorrangigen Aufgaben des Gesetzgebers ist daher die Klärung des Verhältnisses der Fach- und Raumplanung zum IKZM und inwieweit diese in informellen Prozessen mitzuwirken haben.

Dieses Ziel könnte durch ministerielle Vorgaben erreicht werden, indem die Ämter und Behörden, aber auch die Fachplanungen und die koordinierende Raumordnung für die Mitwirkung an der Umsetzung von regionalen IKZM verpflichtet werden.

Neben der Planung wurde bereits festgestellt, dass Netzwerken bei der Umsetzung von IKZM eine hohe Bedeutung zukommen kann.

6.3.3 Verknüpfung und Stärkung bestehender Netzwerke

So sollten für die regionale Umsetzung von IKZM die bereits bestehenden regionalen Netzwerke eng zusammenarbeiten. Durch diese Zusammenführung verschiedener Netzwerke unterschiedlicher Ausrichtungen wird es möglich werden, die Möglichkeiten und Ansätze der Netzwerke zusammenzuführen und so Synergieeffekte nutzbar zu machen.

Angesichts der vorrangigen Wahrnehmung sozioökonomischer Probleme durch Entscheidungsträger und Stakeholder sollte auf die Einbeziehung der Bereiche Daseinsvorsorge, beruflicher Weiterbildung und sonstige sozial orientierten Netzwerke besonders geachtet werden. Nur wenn auch diese schwierigen, nicht zwangsläufig küstenrelevanten Themen Beachtung finden, wird sich weiterer Problemlagen, die extern betrachtet mitunter einen höheren Stellenwert einnehmen, auch regional angenommen werden.

6.3.4 Prüfung der Notwendigkeit und Akzeptanz einer Koordinierungsstelle

Aufgrund der unterschiedlichen räumlichen Handlungsebenen einzelner Stakeholder und auch der unterschiedlichen Kompetenzausstattungen und Hierarchien wäre ein vermittelnder und moderierender, unabhängiger Ansprechpartner in der Region notwendig, um Kompetenzen entsprechend zu bündeln und abzustimmen. Hierzu ist natürlich notwendig, dass diese Stelle durch die Netzwerkpartner und regionalen Stakeholder akzeptiert und genutzt wird. Angesichts der bereits bestehenden Strukturen sollte auch hinsichtlich der Koordinationsaufgabe in zwei Bereiche unterschieden werden. Ein Bereich sollte der Verbesserung der Koordinierung zwischen den Fachplanungen und der Raumordnung dienen und somit die (fach)planerischen Aspekte in der Region befördern. Als zweiter, nicht weniger wichtiger Bereich, sollten die Bereiche der Regionalentwicklung, der bestehenden ländlichen Netzwerke und Regionalmanagements (z.B. LEADER-LAGs) sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Netzwerke (Regionale Agenda 21) koordiniert werden.

Dadurch können die doch sehr unterschiedlichen Bereiche Raum- und Fachplanung und regionale Entwicklung einerseits separat koordiniert werden, andererseits dann jedoch auch gut aufeinander und gegeneinander abgestimmt werden.

In einem ersten Schritt ist es sinnvoll zu prüfen, ob die Angliederung wenigstens eines Teiles des IKZM Prozesses, beispielsweise an die Raumordnung, zielführend ist oder zu negativen Effekten führt. Jedoch ergibt sich hierbei bereits das Problem, dass die Raumordnung festen administrative Einheiten zugeordnet ist und daher dem IKZM Prozess fast zwangsläufig ein ähnlicher Rahmen „übergestülpt“ wird. Wenn der räumliche Umgriff auch im Rahmen des Forschungsprojektes determiniert ist, so muss sich dieser bei einer konkreten Umsetzung in der Praxis bewähren und evtl. eine Anpassung erfahren. Bei der Zuordnung zur Raumordnung kann auch das Problem auftreten, dass durch die Zuordnung zu einem, wenn auch wichtigen Akteur, andere Stakeholder den Prozess nicht unterstützen, da sie ihre Interessen durch die Zuordnung benachteiligt sehen. Die Institutionalisierung, in welcher Form auch immer, muss bereits im Dialogprozess gefunden, beschlossen und durch das Gros der Ak-

teure mitgetragen werden.

6.3.5 Stärkung und Verstetigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Gerade aufgrund der Lage im Grenzraum sollte eine Abstimmung der betroffenen Belange auch grenzüberschreitend erfolgen. Da in den nächsten Jahren eine weitere Zunahme der grenzüberschreitenden Aktivitäten, sowohl von privater, als auch von wirtschaftlicher Seite zu erwarten ist und darüber hinaus auch gemeinsame Handlungsfelder wie die Wasserver- und Entsorgung auf Usedom oder im Hochwasserschutz bestehen oder sich wie bei der Zusammenarbeit auf Usedom im Tourismusbereich abzeichnen, erscheint eine engere Verknüpfung notwendig. Da IKZM sowohl in der Beteiligung der Stakeholder, als auch der regionalen Abgrenzung flexibel sein soll, müssen sich entsprechende Aktivitäten auch grenzüberschreitend entwickeln können. Die Herausforderung besteht darin, die polnischen Akteure zur Mitarbeit zu animieren und bestehende rechtliche Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszuräumen.

7. Schluss

Die zentralen Fragestellungen waren, wie eine Organisation von IKZM vor Ort aussehen soll, wer den Fortgang des Prozesses sicherstellt und wie die regional betroffenen Akteure in den Ansatz mit eingebunden werden.

Es zeigt sich, dass Regionales IKZM auf mehreren Säulen aufgebaut werden muss. Diese Säulen sind neben den Fachplanungen und der Regionalplanung vor allem die Regionalentwicklung, die Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement. Das ganze basiert auf einem regionalen Problemportfolio.

Über eine verstärkte Aktivierung der Zivilgesellschaft, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und fokussierte Bildungsaktivitäten kann IKZM breiten Bevölkerungsschichten vermittelt und somit zugänglich gemacht werden. So wird aktiv und breit eine nachhaltige Küstenentwicklung befördert und regional getragen. Hinzu kommt, dass regionale Herausforderungen, sowohl einen regionalen Zugang, als auch regionale Stakeholder, eine regionale Abgrenzung und vor allem regionale Lösungen erfordern. Hierfür ist Flexibilität, sowohl hinsichtlich der beteiligten Stakeholder, als auch bei der Abgrenzung des Handlungsraumes gefragt, denn beides muss den individuellen Herausforderungen, auch innerhalb eines regionalen IKZM angepasst werden. Ebenso regional und auch flexibel muss die Steuerung sein. Die unterschiedlichen Stärken von Planung und Entwicklung sollten genutzt, und daher getrennt fokussiert werden. Innerhalb eines regionalen IKZM sollten also die Bereiche Regionalplanung und Regionalentwicklung separat entwickelt werden und sich gegenseitig ergänzen. Jedoch muss ein weiterer Schritt Beachtung finden. Die vorhandenen regionalen Ansätze auf Projektebene müssen gebündelt und in einen Prozess eingebracht werden. Es muss also eine Ebene jenseits der Einzelprojekte eingerichtet werden, die die Kontinuität eines Prozesses sicherstellt und eine zyklische Betrachtung beachtet. Um eine zukünftige kontinuierliche Entwicklung zu induzieren, muss der Schritt vom Projektdenken zum Prozessdenken vollzogen werden.

Für die konkrete Umsetzung eines regionalen IKZM gibt es aus Sicht dieses Berichtes also

mehrere elementare Aspekte, die Beachtung finden müssen.

- IKZM wird nicht abschließend Top-down definiert. – Ein regionales IKZM erfordert eine regionale Definition nach vorgegebenem Rahmen.
- Die vorhandenen regionalen Ansätze auf Projektebene werden gebündelt und in einen Prozess eingebracht. Eine Ebene jenseits der Einzelprojekte wird eingerichtet, stellt die Kontinuität eines Prozesses sicher und ermöglicht eine zyklische Betrachtung!
- IKZM baut auf regional bestehenden Netzwerken auf.
- Ein regionales IKZM basiert auf einem regionalen Problemportfolio.
- Rechtliche Vorgaben für IKZM gewähren ausreichend Spielraum für die regionale Abwägung und Anpassung, fordern jedoch die Umsetzung zwingend!
- Sowohl (Regional-)Planung, als auch (Regional-)Entwicklung werden mehr als kontinuierlicher und iterativer Prozess betrachtet.
- Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte von IKZM werden regional als gleichwertig betrachtet.
- Die Gruppe der Stakeholder und der räumlichen Umgriff wird individuell und flexibel an die jeweiligen Handlungsfelder angepasst.
- Da Jedermann betroffen sein kann, sollte sich auch Jedermann aktiv am regionalen IKZM Prozess beteiligen können.
- Es erfolgt eine umfassende Informationsbereitstellung die allgemein zugänglich ist.

Die wesentlichen Elemente regionalen IKZM sollten demnach die regionale Selbstbestimmung, die Orientierung an lokalen und regionalen Problemen, der iterative Gedanke und Kooperation in regionalen Netzwerken sein.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es aufgrund der Heterogenität der Küstenformen, der Vielfalt der Nutzungen und unterschiedlichen Nutzungsintensitäten, aber auch vor dem Hintergrund der Handlungsfähigkeit der in IKZM eingebundenen Netzwerke DAS IKZM nicht geben kann! Nur eine differenzierte Betrachtung und individuelle Anpassung von IKZM an die jeweiligen regionalen Anforderungen führt zu einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung des Küstenraumes in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht!

Quellen

- Barkmann, Tim: Auf der Suche nach Kommunikation und Kooperation - Eine Analyse ausgewählter Themen mit IKZM-Bezug in der Odermündungsregion. In: EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 15. S. 125-138. Leiden. 2010
- Bray, D. et al.: Perspektiven für deutsche Küstenregionen aus Sicht von Verwaltung und regionalen Interessenvertretern. Geesthacht 2007
- Bruns, Antje: ‚Leuchtturm-Projekte‘ und ‚IKZM-Councils‘: Stand und Perspektiven von IKZM in Deutschland. Geesthacht 2007
- Bruns, Antje: Regional Foresight und Organisationale Lernprozesse im IKZM. In: Licht-Eggert, Katharina; Kannen, Andreas (Hrsg.): Meeresraumordnung und IKZM als Reaktion auf neue Herausforderungen im Meeres- und Küstenraum. Büsum 2006
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Integriertes Küstenzonenmanagement in Deutschland. Nationale Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement. Berlin 2006
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo; Balfanz, Antonina: Integriertes Küstenzonenmanagement und Agenda 21. 1. Controllingbericht im Rahmen des Forschungsprojektes IKZM Oder. Neubrandenburg 2005
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo; Hiller, Heidrun; Balfanz, Antonina: Integriertes Küstenzonenmanagement und Agenda 21. 2. Controllingbericht im Rahmen des Forschungsprojektes IKZM Oder. Neubrandenburg 2006
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung. Neubrandenburg 2008
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen zur Weitergestaltung der Nationalen IKZM-Strategie der Bundesrepublik Deutschland. Neubrandenburg 2008
- Diller, Christian: Regional Governance by and with Government: Die Rolle staatlicher Rahmensetzungen und Akteure in drei Prozessen der Regionsbildung. Habilitationsschrift an der TU Berlin. Berlin 2005
- Europäische Kommission, Generaldirektionen Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz, Fischerei, Regionalpolitik und Kohäsion: Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM): Allgemeine Prinzipien und politische Optionen. Luxemburg 1999
- Fichtner, T.: IKZM - eine Systemeinordnung aus Sicht regionaler Implementierbarkeit, IKZM-Oder Berichte (52). EUCC - Die Küsten Union Deutschland e.V., Rostock, 2008.
- Fichtner, T., Knippschild, R.: Cross-border aspects for Integrated Coastal Zone Management - Evidence from the Oder estuary and theoretical implications. In: Schernewski, G., Janßen, H., Schumacher, S. (Hrsg.). Coastal Change in the Southern Baltic Sea Region. Coastline Reports 12. Rostock 2009
- Firn, John et al.: An assessment of the socio-economic costs & benefits of integrated coastal zone management. Final report to the European Commission. Ohne Ortsangabe 2000
- Fürst, Dietrich: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Aktionsraum Region - Regional Governance. Informationen zur Raumentwicklung 8/9 2003. Bonn 2003
- Gehrlein, U. & K. Krug: Stand und Erfahrungen bei der Erarbeitung und Verwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren in Städten, Gemeinden und Landkreisen – Ergebnisse

- einer bundesweiten Umfrage. 2001 Darmstadt.
- Heiland, S., Tischer, M., Döring, T., Pahl, T., & B. Jessel: Indikatoren zur Zielkonkretisierung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Lokalen Agenda 21, Forschungsbericht 200 16 107, UBA-FB 000513; Umweltbundesamt, Texte 67/03, 2003 Berlin.
 - Hoffmann, Jens: Probleme der Küste als Grundlage eines IKZM-Prozesses, Neubrandenburg 2008
 - Hoffmann, Jens: Problemorientierte Indikatoren für ein IKZM in der Region Odermündung (deutsche Seite), Neubrandenburg 2007
 - Hoffmann, Jens (a): IKZM-Indikatoren im Kontext Regionaler Planungs- und Steuerungsmechanismen. In: EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 15. S. 225-233. Leiden. 2010
 - Hoffmann, Jens: Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement auf regionaler Ebene. Das Beispiel der Küsten- und Grenzregion Odermündung, Shaker-Verlag Aachen 2010
 - Hoffmann, N.: Der Bootstourismus an der vorpommerschen Haffküste S. 68, in: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung; Bd. 17; 2007 S. 67 bis 82
 - Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Integriertes Küstenzonenmanagement in Schleswig-Holstein. Kiel 2003
 - Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Raumordnungsbericht Küste und Meer. Kiel 2006
 - Konieczny, Beate: Synopse der deutschen und polnischen Raumplanungssysteme und -dokumente im Hinblick auf ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in der Odermündungsregion, Dresden 2005
 - Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2005
 - Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Regierungsvertretung Oldenburg): Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer – Stand 2005.
 - Olsen, Stephen B.; Lowry, Ken; Tobey, James: A Manual for Assessing Progress in Coastal Management – Coastal Management Report #2211. Narragansett 1999
 - Sekscinska, Agnieszka: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in IKZM relevanten Handlungsfeldern und deren institutionalisierte Formen in der Odermündungsregion, Neubrandenburg 2008
 - Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Statistisches Jahrbuch 2007. Schwerin 2007
 - Steingrube, Wilhelm; Scheibe, Ralf; Feilbach, Marc: Ergebnisse der Bestandsaufnahme der touristischen Infrastruktur im Untersuchungsgebiet. Greifswald 2004
 - Suda, Jerzy: IKZM und Fachplanungen in der Odermündungsregion. Wasserwirtschafts- und Landschaftsplanung IKZM-Oder Berichte (65). EUCC - Die Küsten Union Deutschland e.V., Rostock, 2010
 - Vorlauf, Anke: Küstenbezogene Umweltbildung als Teilaspekt des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) an der Ostküste Schleswig-Holsteins 2004
 - Wenk, Roland: Raumplanung als Integriertes Küstenzonenmanagement. In: Glaeser, Sekścińska & Löser (Hrsg.). Integrated Coastal Zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Report 6. Rostock 2005

Rechtsgrundlagen

- Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa, ABI. EG 2002 vom 06.06.2002.
- WRRL

Internet und weitere Quellen:

- <http://www.marinaverbundostsee.de/aktuelles.46.html>, abgerufen am 11.08.2009
- <http://www.mkoo.pl/index.php?mid=17>, abgerufen am 25.08.2009
- http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN_prod/StAUN/de/um/Themen/Wasser_und_Boden/Die_deutsch_-_polnischen_Grenzgewaesser/Ausbau_der_Hochwasserschutzanlagen_am_Torfkanal_und_Stettiner_Haff_zum_Schutz_der_Ortslagen_Kamminke_und_der_plonischen_Stadtrandsiedlung_von_Swinemuende/index.jsp, abgerufen am 21.08.2009
- http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN_prod/StAUN/de/um/Themen/Wasser_und_Boden/Die_deutsch_-_polnischen_Grenzgewaesser/Verbesserung_der_oekologischen_Durchgaengigkeit_der_Muetzelburger_Beeke_durch_Umbau_des_abgaengigen_Staubauwerkes_am_Muetzelburger_See_in_eine_Sohlengleite/index.jsp, abgerufen am 21.08.2009
- www.waddensea-forum.org, abgerufen am 02.03.2010
- Gespräch mit Herrn Rosenow (Landkreis OVP) vom 19.08.2009

Anhänge

1. Projektbeteiligte der Hochschule Neubrandenburg und deren Aufgaben im Projekt

Peter Dehne (2004 – 2010)

- Gesamtkoordination der Module „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“

Lutz Vetter (2004 – 2010)

- Gesamtkoordination des Moduls „Indikatoren für IKZM“, Mitarbeit im Modul „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“

Hermann Behrens (2004 – 2010)

- Wissenschaftliche Begleitung und Beratung

Timo Fichtner (2004 – 2009)

- Federführung beim Aufbau des Regionalmanagements der Regionalen Agenda 21 und der IKZM-Transferstelle (2004 – 2006)
- Koordination des Moduls „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“ (2007-2009)
- Bearbeitung regionaler Anforderungen und grenzüberschreitender Aspekte (in Kooperation mit dem Projektpartner IÖR) des IKZM (2007 - 2009)
- Organisation des wissenschaftlichen Austauschs mit der polnischen Seite

Antonina Balfanz (2004 – 2008)

- Unterstützung beim Aufbau und der Durchführung des Regionalmanagements der Regionalen Agenda 21 und der IKZM-Transferstelle
- Kontaktaufbau und -pflege zu den Akteuren auf der polnischen Seite
- Entwicklung, Konzeptionierung und Umsetzung deutsch-polnischer Projekte und Seminare
- Mitentwicklung des Konzeptes „Aufbau eines Umweltbildungsnetzwerkes Stettiner Haff“
- Öffentlichkeitsarbeit

Heidrun Hiller (2005 – 2009)

- Durchführung des Regionalmanagements der Regionalen Agenda 21 und der IKZM-Transferstelle
- Projekt- und Fördermittelberatung
- Drittmittelinwerbung
- Konzeptionierung und Durchführung von Projekten und Seminaren
- Mitentwicklung des Konzeptes „Aufbau eines Umweltbildungsnetzwerkes Stettiner Haff“
- Öffentlichkeitsarbeit

Kamil Lis (2008 – 2010)

- Regionale Agenda Stettiner Haff/Umweltbildungsnetzwerk Stettiner Haff, (Nachfolger von Antonina Balfanz)

- Kontaktpflege zu den Akteuren auf der polnischen Seite
- Organisation deutsch-polnischer Akteurstreffen

Franziska Barthel (2009 – 2010)

- Durchführung des Regionalmanagements der Regionalen Agenda 21 und der IKZM-Transferstelle (Regionale Agenda Stettiner Haff/Umweltbildungsnetzwerk Stettiner Haff) (Nachfolgerin von Heidrun Hiller)
- Projektberatung und –begleitung,
- Öffentlichkeitsarbeit

Jens Hoffmann (2004 – 2010)

- Bearbeitung des Moduls Regionale IKZM-Indikatoren

Tim Barkmann (2009 – 2010)

- Durchführung einer Analyse von Themenfeldern mit IKZM-Relevanz
- Zusammenführung der Ergebnisse für die Module „Dialoge und regionale Partizipation“ und „Regionales, grenzüberschreitendes IKZM“
- Federführend bei der Erstellung der abschließenden Berichte

2. Ergebnisliste (tabellarische Übersicht Berichte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen)

Jahr	Produkt	Titel
2004	Fachartikel	Schernewski, Gerald; Dehne, Peter; Permien, Thorsten; Lucius, Irene; Peres Valverde, Carolina; Heslenfeld, Peter: ICZM in the Regional Seas. Coastline Magazine No. 3 2004.
2004	Tagungs- dokumentati- on	Dehne, Peter: Regionale Agenda 21 Stettiner Haff. Dokumentation des Deutsch-Polnischen Workshop "Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Kontext der Regionalen Agenda Lausitz-Spreewald". Forst 2004.
2004	Veranstaltung	Eröffnungskonferenz IKZM-Transferstelle in Rothenklempenow
2004	Veranstaltung	Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Police (Polen)
2005	Bericht	Grotz, A. (2005): Regionalentwicklungsplanung rund um das Stettiner Haff. IKZM-Oder Berichte 7
2005	Fachartikel	Fichtner, Timo: Pogranicze – wszystko inaczej?. In: Zielona Arka/Grüne Arche, ökologisches Magazin, November 2005
2005	Fachartikel	Dehne, Peter; Müller, Johannes M.: Lichter im Nirgendwo. In: Zielona Arka/Grüne Arche, ökologisches Magazin, November 2005
2005	Fachartikel	Fichtner, Timo: Alles anders? Grenzeffekte im deutsch-polnischen Grenzraum nach der EU-Osterweiterung. in: Grüne Arche, ökologisches Magazin, November 2005
2005	Fachartikel	Fichtner, Timo: Environmental education and regional sustainable development processes – the example Regional Agenda 21 Szczecin Bay Region. in: Sustainable development, Szczecin 2005
2005	Tagungs- dokumentati- on	Fichtner, Timo: Nachhaltige Entwicklungsprozesse in Grenzregionen. Dokumentation des Europa Forums 2021 "global : lokal" am 15./16. September 2005 in Graz (Österreich), Graz 2005
2005	Bericht	Dehne, Peter; Fichtner, Timo & Balfanz, Antonina: Integriertes Küstenzonenmanagement und Agenda 21. IKZM-Oder Berichte 9, Neubrandenburg 2005
2005	Fachartikel	Fichtner, Timo: Rola edukacji ekologicznej w regionalnych procesach zrównoważonego rozwoju. in: III. Międzynarodowa Konferencja Naukowa – Kształcenie Środowiskowe, Szczecin 2005
2005	Fachartikel	Permien, Thorsten; Dehne, Peter; Löser, Nadine; Schwernewski, Gerald: Integriertes Küstenzonenmanagement als ein Prozess der Regionalen Agenda 21. in: Integrated Coastal Zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experience in the region. Hrsg. Glaeser, B.; Sekscinska, A.; Löser, N. Coastline Reports 2005 – 6, 55-61.
2005 - 2006	Seminarreihe	Seminarreihe für Agendaakteure, 5 Einzelveranstaltungen in OVP und UER
2005	Bericht	Hoffmann, Jens: Von regionalen Zielen zu regionalen Indikatoren. Zusammenfassung gesamtregionaler Leitlinien und Ziele für die Region Odermündung (deutsche Seite), IKZM-Oder Berichte 15; EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., Rostock.

Jahr	Produkt	Titel
2005	Fachartikel	Hoffmann, Jens: Indikatoren für die Küste im Kontext grenzüberschreitender Regionalentwicklung, in: Glaeser, B., Sekscinska, A. & Löser, N. (eds.): Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region; EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 6, Leiden, 73-86.
2006	Fachartikel	Dehne, Peter; Permien, Thorsten und Fichtner, Timo: Agenda 21-Prozesse als Träger für Integriertes Küstenzonenmanagement? in: Licht-Eggert, Katharina; Kannen, Andreas: Meeresraumordnung und IKZM als Reaktion auf neue Herausforderungen im Meeres- und Küstenraum, Buisum 2006
2006	Fachartikel	Dehne, Peter; Adam, Susanne; Balfanz, Antonina; Fichtner, Timo; Hoffmann, Jens; Kraft, Dietmar; Lichte, Oliver; Vetter, Lutz (2006): Dialoge und regionale Partizipation, Indikatoren und Entscheidungshilfesysteme, in: Schernewski, Gerald; Löser, Nardine (Hrsg.): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse und Perspektiven 2006; EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 22, Rostock, 9-21.
2006	Bericht	Balfanz, Antonina; Kuglin, Anna; Osjada, Mateusz: Willkommen bei mir – Witaj u mnie. Bericht zu einem Projekt des Agendabüros Stettiner Haff im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres 2005/06. Stepnica 2006
2006	Veranstaltung	2. Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Stolpe
2006	Bericht	Dehne, Peter; Fichtner, Timo, Balfanz, Antonina; Hiller, Heidrun: Integriertes Küstenzonenmanagement und Agenda 21. IKZM-Oder Berichte 25, Neubrandenburg 2006
2006	Monografie	Dehne, Peter; Müller, Johannes N.: Lichter im Nirgendwo – Światła w bezkresie. Szczecin 2006
2006	Fachartikel	Glasow, Alexandra; Balfanz, Antonina: „Touristische Inwertsetzung leer stehender Landhäuser im Landkreis Uecker-Randow“, poln. Titel: „Koncepcja wykorzystania opuszczonych zagród wiejskich“ in: „Regiony“ – Zeitschrift für kommunale Leader, Nr. 3(25), August-September 2006
2006	Fachartikel	Fichtner, Timo: Integriertes Küstenzonenmanagement. In: Raumplanung 126/127, Dortmund 2006
2006	Veranstaltung	Deutsch-Polnischer IKZM-Austausch der regionalen Hochschulen
2006	Fachartikel	Fichtner, Timo: Doświadczenia z pogranicza polsko-niemieckiego. In: Aura – Ochrona Środowiska 05/2006, Warszawa 2006
2006	Fachartikel	Born, Karl Martin; Fichtner, Timo; Krätke, Stefan (Hrsg.): Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland, Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Nr. 321. Hannover 2006

Jahr	Produkt	Titel
2006	Monografie	Fichtner, Timo: Entwicklungstendenzen in peripheren Regionen Ostdeutschlands – Ostbrandenburg und die Erweiterung der Europäischen Union. In: Born, Karl Martin; Fichtner, Timo; Krätke, Stefan (Hrsg.): Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland, Hannover 2006
2006	Fachartikel	Fichtner, Timo: EU-Osterweiterung – Grenzeffekte zwischen Polen und Deutschland. In: Raumplanung, Heft 124. Dortmund 2006
2006	Bericht	Hoffmann, Jens: Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement. Theoretische Grundlagen; EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 20, Rostock.
2006	Bericht	Schernewski, Gerald; Hoffmann, Jens; Löser, Nardine; Dreisewerd, Markus; Stavenhagen, Petra; Grunow, Bianka: Measuring the progress and outcomes of Integrated Coastal and Ocean Management: The German Oder Estuary case study, Report to the UNESCO Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC); EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 21, Rostock.
2006	Fachartikel	Löser, Nardine; Hoffmann, Jens; Schernewski, Gerald: Testing Governance Indicators for Coastal Zone Management: The Oder Estuary Case Study, in: Forkiewicz, Marcin (ed.): Integrated Coastal Zone Management – Theory and Practice; EUROCOAST-LITTORAL 2006, Gdansk, 197-204.
2007	Fachartikel	Barthel, Franziska: „...und es existiert doch: Bürgerschaftliches Engagement von der Küste“, poln. Titel: „Altwarpię budzi“ in: „Zielona Arka/Grüne Arche“ – deutsch polnisches ökologisches Magazin, Nr. 4, Januar 2007
2007	Veranstaltung	Deutsch-Polnischer IKZM-Austausch der regionalen Hochschulen
2007	Veranstaltung	3. Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Przelewo
2007	Fachartikel	Balfanz, Antonina: „Ich bin so und du bist anders – Unterschiede im kulturellen Kontext“, poln. Titel: „Różnice między nami – w kontekście interkulturowym“ „Zielona Arka/Grüne Arche“ – deutsch polnisches ökologisches Magazin, Nr. 4, Januar 2007
2007	Fachartikel	Dehne, Peter; Fichtner, Timo; Hoffmann, Jens; Vetter, Lutz; Kraft, Dietmar; Balfanz, Antonina; Hiller, Heidrun (2007): Dialoge & regionale Partizipation, Indikatoren und Entscheidungshilfesysteme im IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger; Löser, Nardine (Hrsg.): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007; EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 30, Rostock, 19-35.
2007	Bericht	Hoffmann, Jens: Problemorientierte Indikatoren für ein IKZM in der Region Odermündung (deutsche Seite); EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 33, Rostock.

Jahr	Produkt	Titel
2007	Fachartikel	Hoffmann, Jens: Problem-oriented indicators for an ICZM in the Oder estuary region, in: Schernewski, G.; Glaeser, B.; Scheibe, R.; Sekscinska, A.; Thamm, R. (eds.): Coastal development: The Oder estuary and beyond; EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 8, Leiden, 21-30.
2008	Veranstaltung	4. Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Eggesin
2008	Bericht	Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen zur Weitergestaltung der Nationalen IKZM-Strategie der Bundesrepublik Deutschland. IKZM-Oder Berichte 42. Neubrandenburg 2008
2008	Bericht	Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung. IKZM-Oder Berichte 48. Neubrandenburg 2008
2008	Bericht	Fichtner, Timo: Dokumentation zur Arbeit des regionalen Agendabüros Stettiner Haff sowie zu den deutsch-polnischen, wissenschaftlichen Arbeitstreffen im Rahmen des Projektes IKZM-Oder. IKZM-Oder Berichte 46. Neubrandenburg 2008
2008	Bericht	Fichtner, Timo: IKZM – eine Systemeinordnung aus Sicht regionaler Implementierbarkeit. IKZM-Oder Berichte 52. Neubrandenburg 2008
2008	Bericht	Hoffmann, Jens: Probleme der Küste als Grundlage eines IKZM-Prozesses; EUCC – Die Küsten-Union Deutschland e.V., IKZM-Oder Berichte 50, Rostock.
2008	Fachartikel	Hoffmann, Jens: Problem-oriented indicators for an ICZM. Experience from the Oder estuary region, in: Deboudt, P.; Deldreuve, V.; Flanquart, H.; Hellequin, A.-P.; Herbert, V.; Longuepee, J.; Meurferec, C.; Morel, V.; Petit, O. (eds.): Proceedings of the international pluridisciplinary conference “The littoral: challenge, dialogue, action” – Lille, France, 16-18 january 2008.
2008	Fachartikel	Hoffmann, Jens; Löser, Nardine: Indicators for ICZM – Overview and lessons learned based on the Oder Estuary Region in the southwestern Baltic Sea, in: Krishnamurthy, R.R.; Glavovic, B.C.; Kannen, A.; Green, D.R.; Ramanathan, AL.; Han, Z.; Tinti, S.; Agardy, T.S. (eds.): Integrated Coastal Zone Management (ICZM) – The Global Challenge, Singapore & Chennai, 263-281.
2009	Fachartikel	Fichtner, T., Knippschild, R.: Cross-border aspects for Integrated Coastal Zone Management - Evidence from the Oder estuary and theoretical implications. In: Schernewski, G., Janßen, H., Schumacher, S. (Hrsg.). Coastal Change in the Southern Baltic Sea Region. Coastline Reports 12. Rostock 2009
2009	Regionalmagazin	Haffmagazin I
2009	Veranstaltung	5. Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Kulice

Jahr	Produkt	Titel
2009	Fachartikel	Hoffmann, Jens: Indikatoren für ein regionales IKZM im Kontext europäischer und internationaler Ansätze, in: Schernewski, G.; Janßen, H.; Schumacher S. (eds.): Coastal Change in the southern Baltic Sea region; EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No.12, Leiden, 87-100.
2009	Fachartikel	Hoffmann, Jens: Indicators for an ICZM. Experience with a problem-oriented approach, in: Journal of Coastal Conservation, Volume 13, Number 2-3, 141-150.
2010	Monographie	Hoffmann, Jens: Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement auf regionaler Ebene. Das Beispiel der Küsten- und Grenzregion Odermündung, Shaker-Verlag Aachen. 2010
2010	Fachartikel	Hoffmann, Jens: IKZM-Indikatoren im Kontext regionaler Planungs- und Steuerungsmechanismen, in: EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 15, S. 225-233. Leiden, 2010
2010	Fachartikel	Barkmann, Tim: Auf der Suche nach Kommunikation und Kooperation - Eine Analyse ausgewählter Themen mit IKZM-Bezug in der Odermündungsregion. In: EUCC - The Coastal Union, Coastline Reports No. 15, S. 125-138. Leiden, 2010
2010	Veranstaltung	6. Deutsch-Polnische Agenda-Regionalkonferenz in Zinzow
2010	Regionalmagazin	Haffmagazin II – „Bildung“ Haffmagazin III – Sonderheft: „9 Jahre regionale Agenda“

3. Übersicht Aktivitäten Agenda-Büro

Beispiele ausgewählter Drittmittelprojekte des Agendabüros Stettiner Haff unter Angabe der Fördermittelgeber:

- Aufbau eines Umweltbildungsnetzwerkes für die Region Stettiner Haff
Laufzeit Teilphase I: Oktober 2007 bis Oktober 2008
Finanzierung: Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung
in Höhe von 34.620,00 €
Laufzeit Teilphase II: November 2008 bis April 2009
Finanzierung: Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung
in Höhe von 14.000,00 €
- Sonderpreis des Landesumweltwettbewerbs Mecklenburg Vorpommern 2007/2008 mit einer Dotierung von 1.000 Euro für den "Aufbau eines Umweltbildungsnetzwerkes Stettiner Haff", überreicht am 14. Juni 2008 in Güstrow
- Drei Ausgaben des Deutsch – Polnischen Umweltmagazins „Zielona Arka/ Grüne Arche“, Dezember 2004, Herbst 2005 und Frühjahr 2007
Finanzierung: Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und
Wasserwirtschaftsfonds der Wojewodschaft Westpommern
– anteilig zu je zu 50%,
- „Willkommen bei mir /Witaj u mnie!“ – deutsch-polnisches Grundschulprojekt 2005/2006 zur Erstellung eines zweisprachigen Reiseführers "Die Region mit Kinderaugen gesehen" und des zweisprachigen Films „Regionale Agenda 21 Stettiner Haff“
- Das Projekt wurde von der UNESCO als ein Projekt der Weltdekade der Vereinten Nationen 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.
Förderung aus den Mitteln des Deutsch-Polnischen Jahres und des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW)
- Interkulturelles, zweisprachiges Methodenseminar für Akteure und Multiplikatoren des Umweltbildungsbereiches: Oktober 2007
Finanzierung: Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Tätigkeiten des Regionalmanagements und der IKZM-Transferstelle Kommunikation und Information

- Das Agendabüro war Mitherausgeber (gemeinsam mit der polnischen Redaktion und dem Wojewodschaftsfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft) der deutsch-polnischen Umweltzeitschrift „Zielona Arka/Grüne Arche“. Im Projektzeitraum sind drei Ausgaben erschienen.
- Im Jahr 2009/10 konnten darüber hinaus drei Ausgaben des zweisprachigen haffmagazins herausgegeben werden.
- Das Büro entwickelte einen deutschsprachigen regionalen Newsletter, der seit 2005 vierteljährlich an anfangs ca. 200 Abonnenten zum Projektende an ca. 350 Abonnenten in Polen und Deutschland versandt wurde. Die Umstellung auf eine deutsch-polnische Herausgabe erfolgte 2006. Der Newsletter war so erfolgreich, dass er über den IKZM-Zeitraum hinaus entweder durch die Hochschule Neubrandenburg oder den Regionalkoordinator Stettiner Haff fortgeführt werden wird.
- Die Internetseite www.agenda21-oder.de wurde durch das Büro zu einer Informati-

onsplattform mit regionalen Inhalten für den Themenkomplex Agenda 21, Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ausgebaut. Sie diente als schnelles und unverzichtbares Informationsinstrument über aktuelle Projekte, Tagungen und Konferenzen, den Fortgang von Projekten und für den Service- und Downloadbereich. 2008 wurde die Internetseite im Rahmen der Erstellung eines Corporate Design neu gestaltet.

- In der regionalen Presse wurde regelmäßig über die verschiedenen Tätigkeiten und die Projekte des Büros informiert. Es bestand kontinuierlicher Kontakt zu Journalisten der regionalen Tageszeitungen (Nordkurier und Ostseezeitung) und zum Hörfunk (NDR). Überregional fand die Arbeit des Agendabüros projektgebunden Aufmerksamkeit, z. B. in Selbstveröffentlichungen und auf den Seiten des BMVBS/ www.region-schafft-zukunft.de und in überregionalen Printmedien (Tageszeitung Berlin/TAZ).
- Eine Zusammenarbeit mit polnischen Medien war ebenfalls Bestandteil der Arbeit des Agendabüros. Es wurden Radiointerviews (z. B. im Stettiner Sender „Radio Pomerania“) gegeben. Auch in den Tageszeitungen „Kurier Szczeciński“ und „Nowiny Polickie“ sowie im Umweltmagazin „Eko I My“ wurde über die Aktivitäten des Büros berichtet.
- Innerregional war das Agendabüro Partner in den Arbeitsgruppen zur Aktualisierung des Regionalen Entwicklungskonzeptes und bei der Erstellung des Naturparkplans für den Naturpark am Stettiner Haff eingebunden sowie Gast und Berater bei diversen Vereinen und Gemeindevertretungen. Entsprechend intensiv war das Büro in die regionale Entwicklung involviert.

In Partnerschaft mit dem damaligen Umweltministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der Wojewodschaft Westpommern wurde vom Büro jährlich eine große Agendakonferenz unter breiter regionaler deutsch-polnischer Beteiligung zu wechselnden fachlichen Schwerpunktthemen durchgeführt. Beispiele:

- Die erste Agenda-Konferenz „Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit in der Region“ fand 2005 in Police statt. Nachfolgend gab es weitere Umweltbildungsworkshops, deren Serie durch das Büro fortlaufend weitergeführt wurde¹¹.
- Die zweite Agenda-Konferenz „Naturtourismus als Chance für die Region“ 2006 in Stolpe hatte die Chancen und Risiken der naturorientierten Tourismusentwicklung in der Region zum Inhalt. Folgeaktivitäten gemeinsam mit dem Projektteil IKZM Oder – Tourismusentwicklung wurden realisiert. An den Agendakonferenzen haben unter Schirmherrschaft des Umweltministers Mecklenburg-Vorpommerns und des Marschalls der Wojewodschaft Westpommern ca. 150 Akteure von beiden Seiten der Grenze teilgenommen.
- Im Dezember 2008 wurde korrespondierend zum Referenzprojekt des Modellvorhabens Demographischer Wandel mit der vierten Agendakonferenz das Thema „Alternative Wirtschaftssysteme - Regionalwährungen, Tauschringe und Zeitbanken – eine Chance für die Region“ aufgegriffen.

Alle Veranstaltungen dienten immer gleichermaßen dem Informationstransfer, als auch

¹¹ Diese mündeten später in der Gründung des regionalen Umweltbildungsnetzwerkes.

der Vernetzung der Akteure. Die Veranstaltungen wurden deshalb so angelegt, dass ein Zusammenkommen der Akteure, ein Problem- und Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Themenblöcken forciert und möglich wurde. Damit wurde die nachhaltige Vernetzung der Akteure zu gemeinsamen Anliegen gefördert. – Ein Ansatz, der u. a. mit der Gründung des Umweltbildungsnetzwerkes gelungen ist.

IKZM-Transfer und Organisation

- Grundsätzlich dienten alle oben genannten Aktivitäten und Ergebnisse der Öffentlichkeitsarbeit, auch dem IKZM-Transfer. So wurde im Newsletter, in der „Zielona Arka“ und im haff-magazin regelmäßig über IKZM-relevante Themen berichtet. Auch das Netzwerk und die administrativen und wissenschaftlichen Kontakte waren Teil der Transferarbeit.
- Das Forschungsprojekt bzw. der Forschungsantrag für die Projektphasen II und III wurde vom Agendabüro für den Dialog mit den regionalen Akteuren aufgearbeitet und auf „regionale Produkte“ ausgerichtet. Auf mehreren Veranstaltungen wurde das Projekt regionalen Akteursgruppen präsentiert (z. B. im Naturparkbeirat).
- Für andere Teilprojekte konnte schnell und unkompliziert auf die mittlerweile vorhandenen Kontakte in die Region zurückgegriffen und Hilfe gegeben werden.
- Im Rahmen des Projektes beteiligte sich das Büro an der ICZM Summer School des Institutes für Ostseeforschung Warnemünde. Die beigesteuerte Lehrveranstaltung hatte die Anforderungen an Partizipationsprozesse im Integrierten Küstenzonenmanagement zum Inhalt.
- Seit 2006 konnte durch die Mitarbeit der Hochschule Neubrandenburg/des Agendabüros Stettiner Haff an der Bewerbung zum Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ des BMVBS ein sehr enger Kontakt zur Verwaltungsspitze des Landkreises Uecker-Randow und zum Regionalkoordinator des Modellvorhabens aufgebaut und für die Ansätze des Agendabüros sensibilisiert werden. Eine intensive Mitarbeit an einzelnen Teilprojekten erschloss neue Akteursfelder, die auch für die Arbeit des Agendabüros neue Wirk- und Informationsmöglichkeiten eröffneten.
- 2008 und 2009 nutzten die Vereine, gemeinnützigen Organisationen und Initiativen des Landkreises Uecker-Randow die Regionale Agenda Stettiner Haff, um mit der Verwaltungsspitze des Landkreises zu akuten Fragen der Vereins- und Projektfinanzierung ins Gespräch zu kommen. Das Agendabüro organisierte für die Akteure drei moderierte Veranstaltungen.

Kooperationen und Kontakte

- Das Agendabüro wurde in die Arbeit der Gemeinsamen Umweltkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern (GUK) eingebunden.
- Das Agendabüro war mit seinen Forschungsaktivitäten Partner mehrerer Netzwerke und Projekte im Ostseeraum, z. B. der B7, einem Zusammenschluss der größten Ostseeinseln, dem EU-Kooperationsprojekt SMILECOOP oder dem Baltic Sea Sustainable Development Network. Für letzteres wurde eine mehrtägige Fachveranstaltung in Neubrandenburg organisiert und durchgeführt.

- In die Aktualisierung der "Raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze" wurde das Büro ebenfalls über Expertengespräche eingebunden.
- Mit der EUCC Polen und dem Institut für maritime Wissenschaften der Universität Stettin pflegte das Agendabüro eine intensive Zusammenarbeit. Gemeinsame Veranstaltungen wurden auch in der zweiten und dritten Projektphase (2007 – 2009) durchgeführt.
- Mit dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stettin wurden gemeinsame Untersuchungen durchgeführt und regionale Workshops zum Themenkomplex Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung veranstaltet.
- Das Agendabüro stand in einem Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen grenzüberschreitenden Nachhaltigkeitsprozessen, z. B. der Bodenseeagenda 21.
- Überregional wurde das Agendabüro Stettiner Haff von verschiedenen Regionalinitiativen kontaktiert und um Beiträge gebeten bzw. nahmen die Mitarbeiterinnen an Konferenzen und Gesprächsrunden teil, z. B. „Gesprächskreis Ländlicher Raum“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und Forum Ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg.
- Seit 2006 verfestigten sich zur Verwaltungsspitze des Landkreises Uecker-Randow durch die Bewerbung „Demografischer Wandel – Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ die Kontakte, so dass das Agendabüro in die Umsetzung von Teilprojekten von 2007 bis 2009 durch seine hervorragenden Kontakte „zur Basis“ stark eingebunden wurde.

Netzwerkarbeit

Umweltbildungsnetzwerk

- Das Agendabüro unterstützte das Netzwerk der Umweltbildungsträger in der Wojewodschaft Westpommern.
- Im Dezember 2004 wurde die erste Agendakonferenz in Police mit 150 Teilnehmern deutscher und polnischer Umweltbildungseinrichtungen organisiert. Zur Erarbeitung eines Konzeptes „Netzwerk Umweltbildung in der grenzüberschreitenden Region Stettiner Haff“ wurden zwei weitere deutsch-polnische Workshops durchgeführt. Ein gemeinsamer Interreg III A-Antrag zum Aufbau und Management eines Umweltbildungsnetzwerkes auf der deutschen Seite wurde vorbereitet¹².
- Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Umweltbildungsträgern wurden vermittelt und unterstützt (z. B. Deutsche Wildtierstiftung – Waldbildungszentrum Kliniska, Förderverein „Natur und Leben am Stettiner Haff“ - Ökologischer Verein „Larpia“).
- Im Jahr 2006 stieß das Agendabüro eine Vernetzung von Umweltbildungseinrichtungen auf deutscher Seite an. Vorerst gründete sich ein Initiativkreis, der acht Mal tagte und dabei wesentliche Ziele für ein Umweltbildungsnetzwerk (UBN) Stettiner Haff festlegte. Daraufhin wurde zur Finanzierung einer Projektleiterstelle erfolgreich ein Antrag bei der NUE (Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung) gestellt. Die Projektleiterstelle konnte somit für ein Jahr wesentliche Netzwerkstrukturen aufbauen

¹² Später wurde das Vorhaben bei der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung als Projektantrag eingereicht und konnte mit einer Projektfinanzierung 2007 – 2009 umgesetzt werden.

und Netzwerkaktivitäten koordinieren. Im Jahr 2008/09 konnte die Projektleiterstelle durch einen weiteren NUE-Antrag um ein weiteres halbes Jahr verlängert werden, mit der Aufgabe das UBN Stettiner Haff mit dem UBN Westpommern zu vernetzen.

Grenzüberschreitende Vernetzung der LEADER-LAG

Im Jahr 2009 wurden zwei Fachexkursionen organisiert, gemeinsam mit der deutsch-polnischen LEADER-LAG. In Zusammenarbeit mit den beiden Ansprechpartnern Frau Hübner (LK OVP) und Frau Teßmann (LK UER) bereisten Vertreter und Vertreterinnen deutscher Leader-Projekte vergleichbare Projekte in Westpommern. Ziel war ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch und die Planung möglicher gemeinsamer Projekte.

Netzwerk Lokale Agenden 21

Die Lokalen Agenden in der Region wurden vom Agendabüro hinsichtlich ihrer Projektvorhaben und Finanzierungsmöglichkeiten regelmäßig aufgesucht oder auch in Seminaren beraten und unterstützt. Die Büromitarbeiter nahmen an den turnusmäßigen Agendasitzungen bzw. Sitzungen regionaler Initiativen und bei den Gesprächen in den Städten und Gemeinden teil. Dadurch konnte das Netzwerk gefestigt und die Agenden in ihrer ehrenamtlichen Arbeit weiter qualifiziert werden. Einen deutlichen Einbruch der Arbeit Lokaler Agenden mussten die Mitarbeiter jedoch mit der Einstellung der Förderung Lokaler Agenden durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz wahrnehmen. Zahlreiche Gemeinden haben die aktive Unterstützung der Lokalen Agenda z. B. durch Personalfinanzierung über den zweiten Arbeitsmarkt zeitversetzt nach der Mitteilung über die Einstellung der Förderung Lokaler Agenden eingestellt. Die Arbeit des Agendabüros fokussierte sich mit dieser strukturellen Änderung auf die Arbeit der verbliebenden Agendagruppen, aber auch auf die Arbeit freier Initiativen und Akteursverbände.

Durch die Aktivitäten und Initiativen des Agendabüros sind mehrere neue Lokale Agenden 21 bzw. Initiativen in der Region gestartet worden (z. B. Altwarp, Bugewitz, Plöwen, Loddin), vorhandene gestärkt worden (Pasewalk) sowie drei deutsch-polnische Agendapartnerschaften entstanden bzw. konnten gefestigt werden (Pasewalk – Police, Gemeinde Viereck – Gemeinde Police, Amt am Stettiner Haff – Stadt Nowogard).

Darüber hinaus fanden moderierte Erfahrungsaustausche zwischen den Agenda-Initiativen statt, die vom Agendabüro organisiert wurden und zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Beteiligten beigetragen haben (z. B. gemeinsame Fachexkursion für deutsche UBN-Akteure zum UBN-Westpommern in das Waldfortbildungszentrum Kliniska).

Weitere Eigenprojekte des Agendabüros

- Das Büro hat ferner gemeinsam mit dem Projektteil IKZM Oder – „Indikatoren für IKZM“ (Prof. Dr. Lutz Vetter) eine Datenbank aufgebaut, welche deutsche und polnische Projekte im Umweltbildungsbereich in der Region detailliert darstellte. Dafür wurde u. a. mit Hilfe des Staatlichen Amtes für Geodäsie und Kartographie in Warschau eine deutsch-polnische Kartengrundlage erstellt.
- Im Agendabüro wurden zwei deutsch-polnische Pilot-Projekte entwickelt und umgesetzt, die Anfang 2006 als offizielle Projekte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt wurden.
- Das als Dekadeprojekt ausgezeichnete „Willkommen bei mir/Witaj u mnie“, in dessen

Rahmen deutsche und polnische Kinder die Region erkundeten und einen gemeinsamen Kinderreiseführer „Die Region Stettiner Haff – mit Kinderaugen betrachtet“ schrieben, involvierte ca. 90 Kinder und diverse BetreuerInnen und LehrerInnen beiderseits der Grenze. Ziel und Projektbestandteil war, das Interesse aneinander und den gegenseitigen Besuch benachbarter GrundschullehrerInnen und deutscher und polnischer Kinder zu fördern. Viele teilnehmende GrundschülerInnen haben im Rahmen des Projektes erstmalig das Nachbarland besucht und die Schule Gleichaltriger kennengelernt.

Seminare

Für Akteure der Lokalen Agenden und weitere nachhaltigkeitsorientierte Initiativen und Akteure wurden im Projektzeitraum Seminare zu unterschiedlichen nachhaltigkeitsrelevanten Zielstellungen in der Region durchgeführt. Beispiele:

- Öffentlichkeitsmitarbeit und Zusammenarbeit mit der Presse
- Sponsoring und Fundraising für Agendaprozesse
- Gestaltung neuer Medien
- Moderation und Rhetorik im Agendaprozess
- Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung

Beispiele für Eigenveröffentlichungen:

Deutsch-polnisches Regionalmagazin „haff-magazin“ 2009 und 2010

mit jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen und diversen Beiträgen von regionalen Initiativen aus Westpommern, Ostvorpommern und Uecker-Randow;

2 Ausgaben: 2009 und 2010,

Förderantrag: LEADER (abgelehnt)

Finanzierung: Hochschule Neubrandenburg

thematischer Aufbau, Organisation, Übersetzung, Distribution: Agendabüro Stettiner Haff

„Regionale Agenda 21 – Stettiner Haff“ 2008

Eigenveröffentlichung der Hochschule Neubrandenburg, Vorstellung der Handlungsfelder und Aufgaben der Regionalen Agenda Stettiner Haff

„Von Goldfischchen, Speicherfrauen und Ortschronisten - Der Weg zur Nachhaltigkeit, Projekte zwischen Peene und Randow“ 2007

eine Broschüre über regionale Projekte und Akteure, veranlasste Kooperationen und erfolgreichen Netzwerkaufbau

Finanzierung: Hochschule Neubrandenburg,

thematischer Aufbau, Organisation und Distribution: Agendabüro Stettiner Haff

Beispiele für initiierte Projekte und Vereinsgründungen

2008 – Gründung des Vereins „Gemeinschaftszentrum Zeitbank e.V.“ in Eggesin

Gründung eines Vereins zum Aufbau einer Zeitbank für den Landkreis Uecker-Randow und für die Betreuung des generationenoffenen Gemeinschaftszentrums in Eggesin;

Das Agendabüro Stettiner Haff war durch eine Mitarbeiterin wie folgt involviert:

- Mitausarbeitung der Projektbeschreibung für das „Demografische Handlungskonzept“
- Mitarbeit in den thematischen Arbeitsgruppen für die bauliche und inhaltliche Umsetzung des Konzeptes

- Gründungs- und Vorstandsmitglied des Vereins
- Antragstellung beim BMFSFJ in den bundesweiten Ausschreibungen „Aktiv im Alter“ und „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ (2008)
- Öffentlichkeitsarbeit

2007 - Gründung des Schulfördervereins der Regionalen Schule Löcknitz

Gründung des Vereins als Träger für Drittmittelprojekte, die das Lernen und das Lernklima an der Regionalen Schule in Löcknitz verbessern helfen. Das Agendabüro Stettiner Haff war durch eine Mitarbeiterin aktiv involviert durch:

- Gründungs- und Vorstandmitglied des Vereins,
- Konzeption und Beantragung von Drittmittelprojekten:
 - o Aufwertung des Schulhofes (NUE) 2008
 - o Ausbildung von Schulmediatoren (Vielfalt tut gut) 2009
 - o Aufbau eines demokratischen Schulkinos (Vielfalt tut gut) 2009
 - o „Platz für Lösungen“ (Stärken vor Ort“) 2010

Beispiele für Projektbegleitungen im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“ 2007 - 2009

Machbarkeitsstudie Multiple Häuser

RB-Architekten Leipzig, Projektbüro Reichenbach-Behnisch, Projekt im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“

Unterstützung durch diverse Interviews, regionale Kontakte und Workshopeteilnahmen

Mobilitätsagentur Stadt-Land-Rad

ZLT Berlin, Projekt im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“

Unterstützung durch diverse Interviews, regionale Kontakte und Workshopeteilnahmen

RESPEKT – Ressourcen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum

Projekt im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“; Projektträger: Deutsches Kinderhilfswerk und Familienbündnis Uecker-Randow,

Unterstützung durch diverse regionale Kontakte, Organisation und Planung, praktische Mitarbeit im Initiativkreis und bei der Vorbereitung der Kinder- und Jugendkonferenz, Mentorin bei einem Teilprojekt